Lüner Zeitung

Volksblatt für Lünen und Umgegend. Unparteiisches Tageblatt für alle Stände

Amtl. Organ für Lünen. Generalanzeiger für Lünen, Altlünen, Nordlünen, Wethmar, Alstedde, Gahmen, Horstmar, Lippholthausen, Beckinghausen

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis halbmonatlich 1.20 Mark. Einzelpreis 10 Pfennig. — Anzeigenpreis: 1 mm hoch und 38 mm breit 10 Goldpfennig. — Reklamen im Textteil 1 mm hoch und 73 mm breit 30 Goldpfennig. — Amtliche Anzeigen 10 Goldpfennig per mm. — Schluß der Anzeigenannahme für die nächste Nummer nachmittags 3 Uhr. — Für Aufnahmen von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen. — Anzeigen-Vermittlung für alle Zeitungen und Fachzeitschriften zu Originalpreisen.

Regelmäßige Beilagen: „Das Leben im Bild", „Mußestunden", „Unterhaltungsblatt", „Sport", „Blatt der Frauen", „Humor und Freude". — Rotationsdruck und Verlag von Wilh. Bongers, Lünen. Geschäftsstelle: Langestraße 21/23. Fernruf Nr. 188, Amt Lünen. Telegramm-Adresse: Bongers Lünen. — Scheckkonto: Sparkasse der Stadt Lünen Nr. 47. — Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank Lünen. — Postscheckkonto: Dortmund Nr. 1711. — Im Falle höherer Gewalt, Streik, Sperre, Verbot, Betriebsstörung wird keine Gewähr für Lieferung geleistet.

50. Jahrgang Bekanntmachungen erlangen laut Verfügung der Regierung durch Veröffentlichung in der „Lüner Zeitung" rechtsverbindliche Kraft. **Gegründet 1879**

Nr. 57 — Mittwoch den 7. März — 1928

Freitag 3. Umgemeindungsberatung

Rendezvous der großen Fünf in Genf / Heute Antwort Seipels an Mussolini?

Kampf im Bergbau

Von

Dr. Otto Hugo, M. d. R.

Für 400 000 Bergarbeiter des Ruhrgebietes ist zum 30. April das bestehende Lohnabkommen und das Arbeitszeitabkommen gekündigt. Die Entscheidung darüber, wie die Neuordnung der Arbeitsbedingungen und damit die Lebens- und Leistungsfähigkeit des Ruhrbergbaues gestaltet werden wird, ist eine Frage von größtem volkswirtschaftlichem Ausmaß. Seit ihrem Bestehen ist der staatlichen Zwangsordnung der Lohn- und Arbeitszeitregelung eine so schwere Verantwortung noch nicht zugefallen, wie sie hier bevorsteht. Dabei wird man mit der bisherigen Art, das Schlichtungswesen anzuwenden, nicht mehr auskommen können. Bisher sind alle Schiedssprüche zugunsten der Arbeiterforderungen gefällt, ohne Rücksicht darauf, ob die innere wirtschaftliche Lage der betreffenden Gruppe Lohnsteigerungen oder Arbeitsverminderungen zu tragen vermochte. Nach der bisher gültigen Methode sind bei jedem Schiedsspruch neue Belastungen des Lohn- und Sozialkontos entstanden und damit bei stabiler Währung die Selbstkosten der Gütererzeugung fortgesetzt hinaufgetrieben. Auf die Dauer sind Lohn- und Preiserhöhungen nur zu tragen, wenn ihnen auch eine Leistungssteigung in der Gütererzeugung gegenübersteht. Daß bisher die Räder der Wirtschaft trotz fortgesetzten Preisauftriebs liefen, hat seinen Grund in der weitgehenden Verbilligung der Gütererzeugung durch die sogenannte Rationalisierung, die mit großen Kreditmitteln betrieben, zum Teil enorme Erfolge gezeitigt hat. Nur dadurch, daß diese Leistungssteigerung vorhanden war, vermochte die Volkswirtschaft die ständigen Lohnsteigerungen ohne krisenhafte Erschütterung hinzunehmen. Die Lage kennzeichnet sich deshalb so: Sobald die Leistungssteigerung durch die Rationalisierung aufhört, muß das System der fortgesetzten Selbstkostensteigerung bei anhaltender stabiler Währung zu einem schweren wirtschaftlichen Konflikt führen, weil die erzeugten Güter durch Ueberteuerung absatzunfähig werden. Für den Bergbau, insonderheit auch für den Ruhrbergbau, dürfte der Entwicklungszustand erreicht sein, wo ein weiteres elastisches Aufwiegen neuer Belastungen der Erzeugung durch die Leistungssteigerung der Mechanisierung nicht mehr möglich ist, umso weniger, als die Kohlenpreise vom Bergbau nicht selbsttätig festgesetzt werden können, sondern auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes der Entscheidung des Reichswirtschaftsministeriums unterliegen. Das Reichswirtschaftsministerium besitzt bereits bündige Beweise dafür, daß die Leistungskraft des Bergbaus schon heute bei den vorhandenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse erschöpft ist und die vom Reichswirtschaftsminister eingesetzte Schmalenbach-Kommission dürfte bei ihrer Prüfung der wirtschaftlichen Lage des Bergbaus zu gleichen Ergebnissen kommen.

Gerade der Ruhrbergbau gab ein Beispiel dafür, was durch Rationalisierung zu erreichen war. Die Schichtleistung pro Kopf des Arbeiters der gesamten Belegschaft ist von 100 im Jahre 1913 auf 122,27 im November 1927 gestiegen. Diese große Steigerung beruht im wesentlichen auf der Tatsache, daß die Mechanisierung der Kohlengewinnung im Ruhrbergbau enorme Fortschritte gemacht hat. Der Anteil der mit der Hand- und Schießarbeit gewonnenen Fördermenge gegenüber dem durch Maschinen gewonnenen, ist erheblich zurückgegangen. Im Jahre 1913 wurden nur 2,2 Prozent mit Maschinen gewonnen, im Jahre 1925 bereits 48 Prozent, im Jahre 1927 rund 85 Prozent, so daß mit der Hand nur noch 15 Prozent gegenüber 97,8 Prozent im Jahre 1913 gewonnen wurden. Ohne den Fleiß und die Tüchtigkeit der Arbeiter irgendwie in Zweifel ziehen zu wollen, ist es ganz klar, daß diese gewaltige Mechanisierung der Kohlengewinnung auch zu einer erheblichen Steigerung der Förderleistung führen mußte. Dabei sind aber die Arbeitskosten je Tonne Nutzförderung im Ruhrkohlenbergbau nicht zurückgegangen. Rechnet man diese Arbeitskosten aus der Leistung, der Belegschaftszahl, den Löhnen, den sozialen Beiträgen und den Beamtengehältern, wobei also die Kosten für die Maschinen unberücksichtigt bleiben, so ergibt sich die Steigerung der Arbeitskosten je Tonne Nutzförderung von 1913 mit ℳ 7.27 bis November 1927 auf ℳ 10,16. Auch in den Jahren 1926-27 sind die Arbeitskosten im ständigen Aufsteigen begriffen. Das gewaltige Ansteigen der Maschinenleistung im Kohlenbergbau hat also die Arbeitskosten pro Tonne Kohlen nicht vermindert. Ein kapitalistischer Gewinn ist dem Bergbau nicht daraus erwachsen. Dagegen sind die Löhne zu gleicher Zeit gestiegen, und zwar bei gleichbleibender Förderleistung von ℳ 7,55 im Januar 1926 auf ℳ 8,46 im November 1927 für die gesamte bergmännische Belegschaft. Mit dem Mechanisierungsprozeß steht der Bergbau aber so ziemlich am Ende seiner Kunst. Eine weitere tiefergreifende Rationalisierung würde den vollkommenen Umbau der Grubengebäude zur Voraussetzung haben, eine Notwendigkeit und Möglichkeit, mit der für die bevorstehende Entscheidung nicht gerechnet werden kann.

Nun sind aber gleichzeitig die Erlöse des Ruhrbergbaues trotz der erfolgten Lohnerhöhungen ständig im Weichen. Das ist wesentlich zurückzuführen auf die scharfe englische Konkurrenz. Um den Kohlenabsatz in den umstrittenen Gebieten muß der Bergbau mit der allergrößten Kraftanstrengung kämpfen. Trotzdem ist der Auslandsabsatz der Ruhrkohlen im vergangenen Jahre von monatlich 2,3 Millionen Tonnen auf 1,8 Millionen Tonnen gesunken. Nun kann der Ruhrbergbau einerseits mit den englischen Preisen ohne Verlust nicht konkurrieren, andererseits aber auch auf die Absatzmenge nicht verzichten, da sie über 30 Prozent der Gesamtförderung darstellt und ihr Ausfall für den Bergbau und die Bergarbeiterschaft an der Ruhr geradezu tödlich wirken müßte. Die Verluste im Auslandsgeschäft des Ruhrkohlenbergbaues betragen zur Zeit täglich rund 500 000 Mark. Der Durchschnittserlös des Ruhrkohlensyndikates ist auch ständig im Fallen. Er ist im Jahre 1927 um rund eine Mark pro Tonne zurückgegangen. Dabei stehen wir vor einer großen Verschärfung des englischen und holländischen Wettbewerbs und auch vor der drohenden Mehreinfuhr von polnischer Kohle.

Die Kampflage des Ruhrbergbaues ist umso schwieriger, als sie frachtlich gegenüber England und Holland außerordentlich ungünstig ist. Auf dem Bahnwege vom Ruhrgebiet nach Hamburg kostet die Bunkerkohle, bis an die Schiffe herangebracht, 9,85 Mark pro Tonne Fracht. Auf dem Seewege beträgt der englische Frachtpreis für die Tonne 5 Mark. Es ist ganz selbstverständlich, daß dieser Vorsprung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Ruhrbezirks stark bedrücken muß, zumal, wenn 30 Prozent der Förderung gegen derartige überlegene Kräfte abgesetzt werden müssen. Zudem ist die Lage des Ruhrbergbaus gegenüber dem englischen Bergbau deshalb sehr ungünstig, weil auch die Schichtdauer im englischen Kohlenbergbau durchweg höher liegt, als im deutschen Bergbau. Am 1. März 1927 verfuhren 36,6 Prozent der englischen Belegschaft eine achtstündige Schicht, 63,4 Prozent eine 8½stündige Schicht, während in Deutschland 85,8 Prozent eine achtstündige und nur 14,2 Prozent eine 8½stündige Arbeitszeit verfuhren. Die Durchschnittleistung ist also in England 38,32 Stunden und in Deutschland 38,07 Stunden. Zu dieser Ueberlegenheit des englischen Bergbaues tritt die Möglichkeit, daß die Mechanisierung in den englischen Betrieben noch einen sehr starken Auftrieb der englischen Leistungsfähigkeit im Gefolge hat.

Diese wenigen Andeutungen lassen klar den Ernst der Lage des Ruhrkohlenbergbaues erkennen. Weitere Kostensteigerung kann der Ruhrkohlenbergbau ohne Gefährdung seiner Existenz und damit ohne Gefährdung großer Arbeitermassen und eines außerordentlich wichtigen Wirtschaftsgebietes nicht tragen. Eine Verkennung dieser Tatsache wäre verhängnisvoll, nicht minder aber die Absicht, nun etwa aus politischen Gründen Forderungen zu bewilligen, die wirtschaftlich nicht tragbar sind und die deshalb auf die gesamte Wirtschaft abgewälzt werden müßten. Daß der Ruhrkohlenbergbau schon heute mit völlig unzulänglichen Preisen arbeiten muß, ist eine Tatsache, die dringend der Abstellung bedarf. Wenn aber weitere Belastungen hinzukommen sollten, so müßte die daraus entstehende Verteuerung der Kohle und damit der gesamten deutschen Gütererzeugung die schlimmsten wirtschaftlichen und sozialen Folgen haben. Unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Auslandsmarkte ist auf allen Gebieten der Gütererzeugung immer schwächer geworden. Jede weitere Belastung muß wachsende Konkurrenzunfähigkeit und Arbeitslosigkeit nach sich ziehen, und schließlich zum Verhängnis für unsere schwer notleidende Handelsbilanz werden. So schließt jedenfalls die große Entscheidung an der Ruhr für die gesamte deutsche Volkswirtschaft und damit für das deutsche Volk selbst eine der ersten Schicksalsfragen der Gegenwart und Zukunft in sich.

Grenzneuregelungsvorlage in 2. Lesung angenommen

(Von unserem Berichterstatter.)

Preußischer Landtag

✶ Berlin, 7. März. **Der Landtag beendigte gestern die zweite Lesung der Eingemeindungsvorlage.** Dabei betonte Abg. Karl Schmid-Düsseldorf (Deutsche Volkspartei) als Berichterstatter für den Ausschuß, daß die Regierungsvorlage die Landkreise Bochum und Hattingen zu einem Landkreis Bochum-Hattingen aus wirtschaftlichen Gründen vereinigen wollte, was der Ausschuß aber zu streichen vorschlägt. Mit der

Auflösung des Landkreises Dortmund

ist der Ausschuß einverstanden. Der Ausschuß ersucht um Annahme einer Reihe von Entschließungsanträgen, die das Staatsministerium bitten, **in der angekündigten Gesetzesvorlage über die endgültige Regelung der Gemeindegrenzen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk die Aufteilung der Landreise Hörde, Bochum und Hattingen,** wobei die

Schaffung lebensfähiger Mittelstädte

zu berücksichtigen ist, für die Zwischenzeit einer etwaigen dringenden finanziellen Notlage im Landkreise Hattingen, soweit ihr nicht durch Maßnahmen des Finanzausgleichs abgeholfen wird, durch Gewährung eines Staatszuschusses abzuhelfen, im Falle der Neuregelung der kommunalen Verhältnisse im Landkreise Bochum die Fragen der Zusammenlegung der Schachtanlagen Neu-Iserlohn 1 und 2 in eine Gemeinde

einer erneuten Prüfung zu unterziehen.

für die in Kürze zu erwartenden Vorlage über eine kommunale Aufteilung des gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebiets die Frage erneut zu prüfen, wie die Grenzen der jetzigen Stadt Buer im Westen und Osten berichtigt werden können, mit tunlichster Beschleunigung dem Landtage eine Vorlage über die notwendige Neugestaltung der kommunalen Grenzen der Städte Hagen und Witten zu unterbreiten. **Im übrigen habe der Ausschuß die Auffassung gehabt, daß der Innenminister ein möglichst**

umfassendes Eingemeindungsdefinitivum

im rheinisch-westfälischen Industriegebiet einführen möge. Was die Rechte der Angestellten und Beamten anlangt, so sind vom Ausschuß zahlreiche Verbesserungen in das Gesetz eingefügt worden. Es ist festgesetzt, daß die Beamten und Angestellten, wenn sie sich nicht freiwillig pensionieren lassen wollen, ohne weiteres in die Dienste des Rechtsnachfolgers übergehen. Vorausgesetzt soll aber werden, daß die

Versorgung und das Diensteinkommen

gleichwertig wie bisher ausfallen. Der Rechtsnachfolger müßte ermahnt werden, die persönlichen Verhältnisse der auf sie übergehenden Beamten und Angestellten, namentlich bezüglich der Besoldung zu beachten, damit auch auf diesem Gebiete das vorliegende große Werk der praktischen Verwaltungsreform keinen Unfrieden stiftet. (Beifall rechts.) Mitberichterstatter Abg. Haas (Soz.) hob hervor, daß der Ausschuß mit Drucksachen und persönlichen Besuchen

aus den betreffenden Gebieten überschüttet und überlastet worden sei. Die Gemeinden hätten ihr sachliches Material so rechtzeitig vorlegen sollen, daß es in die Regierungsvorlage hätte hineingearbeitet werden können. (Sehr wahr!) Die Vorlegung von prächtig eingebundenen Luxusbänden entspräche nicht dem Gedanken der Eingemeindung, denn bei der Eingemeindung kommt es nicht auf die Mitgift an, sondern Eingemeindungen entstehen gerade

aus der Armut heraus. (?)

Im einzelnen berichtete der Redner noch über die 23 Gemeinden des Landkreises Dortmund, die mit der Stadtgemeinde vereinigte werden sollen, ferner über eins der Kernstücke der Lage, die Bildung der Mittelstadt Lünen und schließlich über die Vereinigung der Stadt Hörde mit der Stadtgemeinde und dem Stadtkreis Dortmund. Alle diese Bestimmungen empfahl der Ausschuß unverändert nach der Regierungsvorlage zur Annahme. Mitberichterstatterin Abg. Frau Giese (Zentr.) berichtete über die Ausschußbeschlüsse, die gemäß der Regierungsvorlage die Landgemeinden Sodingen, Holthausen und Börnig mit der Stadtgemeinde Herne vereinigen wollen unter gewissen Grenzberichtigungen gegen die Stadt Castrop-Rauxel. Die diesbezüglichen Forderungen Rauxels seien aber weit über das hinausgegangen, was man unter Grenzberichtigungen selbst verstehen könnte. Außerdem forderte die Rednerin, nach dem Ausschußbeschluß, gemäß der Vorlage die Stadtgemeinde Castrop-Rauxel zu einem selbständigen Stadtkreis zu machen und mit ihr die Landgemeinde Deininghausen des Landkreises Dortmund zu vereinigen. Abg. Dr. von Waldthausen (Dntl.) berichtete über den Ausschußbeschluß, wonach die

Stadtgemeinden Buer und Gelsenkirchen,

sowie die Landgemeinde Horst-Emscher im Landkreise Recklinghausen zu einer Stadtgemeinde Gelsenkirchen vereinigt werden sollen. In der allgemeinen Aussprache erklärte Dr. v. Waldthausen (Dntl.) **die Deutschnationalen würden ihre Zustimmung zu den Dortmunder Regelungen davon abhängig machen, ob die Gemeinde Brambauer nach Lünen gegeben wird.** Zweckmäßiger Weise sollte die Regelung Buer-Gelsenkirchen und Horst

aus der jetzigen Vorlage herausgelassen

und bei der Generalvorlage durchgeführt werden. Es sei auch fraglich, ob man ganz Buer mit Gelsenkirchen vereinigen soll. **Nach eingegangenen deutschnationalen Aenderungsanträgen soll von den mit Herne zu vereinigenden Landgemeinden Börnig und Holthausen nicht mit einbezogen werden das Gebiet, das im Norden durch die Emschertalbahn, im Westen durch die Hafenbahn der Zeche Mont-Cenis, im Süden durch die Linie Mont-Cenis/Castrover Straße und im Westen** durch Wohnsiedlungen der Zeche **Mont-Cenis begrenzt wird. Das dadurch freiwerdende Gebiet soll mit Castrop-Rauxel vereinigt weren.** Das Haus unterbrach dann die Weiterberatung zwecks Vornahme der

der Abstimmung zum Justizetat.

Angenommen wurde der Antrag, der eine Erhöhung der Entschädigung für Laienrichter, Zeugen usw. verlangt. Weiter angenommene Anträge fordern Zulassung der Rechtsanwälte bei den Arbeitsgerichten, Einrichtung einer Zentralschule für Strafanstalts-, Verwaltungs- und Aufsichtsbeamten, Vermehrung der hauptamtlichen Arztstellen, Ausstattung der Strafanstalten mit modernen Maschinen. Die

Beratung des Eingemeindungsgesetzes

wurde dann fortgesetzt. Bei den Abstimmungen wurde ein Antrag angenommen, **wonach das Gesetz am 1. April in Kraft treten soll. Es wurde noch beschlossen,** die eine der neuzubildenden Stadtgemeinden nicht Gelsenkirchen, sondern Gelsenkirchen-Buer zu nennen. **Im übrigen fand die Ausschußfassung im wesentlichen Annahme, wodurch die zweite Lesung dieses Gesetzes erledigt war,** ohne wesentliche Aussprache stimmte das Haus dann noch in zweiter und gleich darauf in dritter Lesung der Breslauer Eingemeindungsvorlage zu. **Freitag findet die dritte Eingemeindungslesung statt.**

✶

)(Wie wir später noch hören, fand bei den Abstimmungen ein Antrag der wirtschaftlichen Vereinigung Annahme, die Landgemeinde Brambauer nicht mit der Stadtgemeinde Dortmund, sondern mit der Stadtgemeinde Lünen zu vereinigen.

Curtius über Handelspolitik

(Eigener Nachrichtendienst.)

✶ Berlin, 7. März. Bei der gestrigen Weiterberatung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums im Reichstag nahm Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius zu einer Reihe von Einzelfragen Stellung, die in der Debatte aufgeworfen worden sind und besprach zunächst die Handelspolitik. Der Kritik des Abgeordneten Lejeune-Jung an den Ergebnissen unserer Handelspolitik könne er in manchen Punkten beipflichten. Auch er halte viele seiner Beschwerden für begründet. „Ich kann mich nicht denjenigen anschließen, die, wie der Abgeordnete Hugenberg, das Heil in einer Grenzsperre für landwirtschaftliche Artikel und in Einfuhrverboten sehen. Diese Forderung steht im Widerspruch zu den in der Genfer Weltwirtschaftskonferenz auch von der landwirtschaftlichen Gruppe unter Zustimmung der deutschen Landwirtschaftsvertreter festgelegten Grundsätzen. Der Autorität des Abgeordneten Hugenberg stelle ich die Autorität des Abgeordneten Dr. Helfferich gegenüber, der 1901 gesagt hat: „Ich sehe die größte Gefahr darin, daß wir als Industriestaat eine Agrarpolitik treiben, die den kleineren Teil des Volkes erhalten will mit Maßnahmen, die den anderen größeren Teil zu Grunde richten". (Hört! Hört!) Meine Industriepolitik, meine Bemühungen nach Zollsenkungen haben nach meiner Ueberzeugung zugunsten der Landwirtschaft gewirkt. Den Grundsätzen, die der Abgeordnete Lejeune-Jung hier aufgestellt

war, wie ja zum Glück er selbst und seine deutschnationalen Freunde in der Regierung nicht gefolgt. (Abg. Lejeune: Ich habe 1926 genau so geredet wie jetzt!) Ja, aber die Deutschnationalen haben meine Politik mitgemacht. Die Ironie des Schicksals will es, daß gerade für den deutsch-englischen und den deutsch-italienischen Handelsvertrag die deutschnationalen Abgeordneten Lejeune-Jung und Dr. Reichert die Referenten waren. Am Zustandekommen des deutsch-französischen Handelsvertrages hat Reichsernährungsminister Schiele den stärksten Anteil. (Hört! Hört!) „Wenn wir mit Polen zum Vertrage kommen, so basiert das auf der Grundlage, die die Minister Schiele und Stresemann zusammen geschaffen haben." (Erneutes Hört! Hört!)" Eine Vereinigung von Wirtschafts- und Arbeitsministerium sei unmöglich. Kein Minister wäre in der Lage, ein derartig ungeheures Amt überhaupt noch als Minister zu verwalten. **„Wir müssen auf anderen Wegen dazu kommen, Schwierigkeiten zwischen den verschiedenen Ressorts und öffentlichen Stellen zu beiseitigen."** Der Minister trat weiter für stärkere Kundenpflege ein. **Auch das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer müsse gebessert werden.** Besondere Bedeutung werde hier der künftige Reichswirtschaftsrat haben. Auch auf dem Wirtschaftsgebiet müßten Ideale vorangestellt werden. Staat und Wirtschaft sind nicht Selbstzweck, sondern dienen dem Gedanken, der Menschenwürde eine größere Bedeutung zu geben. Abg. Husemann (Soz.) wies darauf hin, daß die Löhne der Bergarbeiterschaft weit hinter der Preisentwicklung zurückgeblieben seien. Die angebliche Notlage der deutschen Kohlenbergwerke sei tatsächlich nicht vorhanden. Der Zentner Briketts könnte sehr gut statt für 1,80 Mark für 1,50 Mark an den Verbraucher verkauft werden. Abg. Esser (Z.) wandte sich gegen die Wirtschaftspartei und erklärte, auch im neuen Reichstag würden Handwerk und Kleinhandel nur etwas erreichen, wenn sie sich auf die großen politischen Parteien stützen. Abg. Beythien (DVp.) erklärt, die Reichszentrale für die Beschaffung von behördlich benötigten Waren müsse als zwecklos und verbitternd aufgehoben werden. Die Regiebetriebe des Reiches, der Länder und Gemeinden, ferner der öffentlichen Krankenkassen usw. seien vielfach unnötig und schädigten die selbständigen Betriebe unerhört. „Es gilt ferner, das Baugewerbe dadurch zu beleben, **daß die Hauszinssteuermittel in viel stärkerem Maße als bisher der Privatbauwirtschaft zugeführt werden.** Die steuerliche Belastung des Mittelstandes erheischt dringendste Milderung. Bei der Reform der Gewerbeordnung ist auf zahlreiche berechtigte Verlangen des Handwerks, Einzelhandels und Gewerbes Bedacht zu nehmen. Ebenso muß das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, Ausverkäufe, Sonderveranstaltungen und Zugabe revidiert werden."

Entschädigung der Auslandsdeutschen

✱ Berlin, 7. März. (Eigenbericht.) Der Reichstagsausschuß für Entschädigungsfragen erledigte gestern im wesentlichen den Paragraphen 19 des Kriegsschädenschlußgesetzes, der einen Härtefonds von 30 Millionen Mark vorsieht. Die Richtlinien über die Verwendung dieser Beträge erläßt das Reichsfinanzministerium mit Zustimmung des Reichsrates und eines Reichstagsausschusses. Dieser Ausschuß wird das Problem der Kostenbestreitung noch einmal zu prüfen haben. **Als Meldefrist für diesen Antrag wird der 31. Juli, für im Auslande wohnende Geschädigte der 30. September festgelegt.**

Schlüssel zur Reichseinheit im Süden

✱ Berlin, 7. März. (Eigenber.) Im Haushaltsausschuß des Reichstags leitete gestern Reichsinnenminister v. Keudell die Aussprache über den Etat des Innenministeriums mit einem Rechenschaftsbericht über die Arbeiten seines Ministeriums ein. Er legte die Gründe dar, die die Regierung von der Vorlegung einer Novelle zum Wahlrecht zurückgehalten habe, insbesondere auch von den Vorschlägen zur Beseitigung der Splitterparteien. Die Reichsregierung sei weiter überzeugt, daß sowohl auf dem Gebiet des Schund- und Schmutzgesetzes wie des Filmgesetzes und auch in der Radiofrage noch Mißstände zu beseitigen seien. Sie habe die Absicht, die Filmnovelle im Reichsrat baldmöglichst zur Verabschiedung zu bringen. **Mit dem Reichskanzler sei er der Meinung, daß es nicht Absicht der Reichsregierung sein dürfe, durch finanzielle Maßnahmen den Machtbereich der Länder von innen zu unterhöhlen.** Keudell ging zum Schluß auf die Frage Unitarismus und Föderalismus ein und die Mittel, durch die die Reichseinheit gefördert werden könne, ohne den Ländern zu nehmen, was der Länder sei. Der psychologische Schlüssel für die Lösung dieser Frage liege in Süddeutschland. Die Weiterberatung wurde vertagt.

Der Personaletat vorm Kabinett

✱ Berlin, 7. März. (Eigenbericht.) Das Reichskabinett beschäftigte sich mit dem Personaletat. Zwischen Deutschnationalen und Zentrum soll über Veränderungen im Personaletat eine Verständigung erzielt worden sein, die in der Hauptsache darin bestehen soll, **daß in den einzelnen Reichsministerien eine bestimmte Zahl von Beamten höher eingestuft wird.** Wie von Zentrumsseite mitgeteilt wird, werden auf keinen Fall neue Einstufungen großen Umfanges vorgenommen werden. Es sollen nur die Folgerungen „aus den Fußnoten des Beamtenbesoldungsgesetzes" gezogen werden, womit die Zusicherungen gemeint seien, welche insbesondere den unteren Beamten bei der Verabschiedung des Gesetzes gegeben wurden.

✱

)(Der Reichsparteivorstand der demokratischen Partei trat am gestrigen Dienstag im Reichstage zusammen, um in der Hauptsache die Wahlvorbereitungen zu besprechen.

daß es in der allernächsten Zeit zu einer neuen schweren Regierungskrise kommen werde. Das Blatt „Ultro" meldet, daß aus demselben Grunde wie Grioriew, nämlich wegen Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Auslandsanleihe, die Minister Kulew, Kristow und Boboschewski zu demissionieren beabsichtigen.

Hepp aus der D. V. P. ausgetreten

✱ Berlin, 7. März. (Eigenbericht.) Der Vorstand der Bezirksbauernschaft für Nassau hat die Gründung der christlich-nationalen Bauernpartei beschlossen und **dem Reichstagsabgeordneten Hepp die Spitzenkandidatur für den Wahlkreis Hessen-Nassau angetragen.** Wie wir hören, hat Abgeordneter Hepp die Kandidatur angenommen und **ist gleichzeitig aus der Deutschen Volkspartei und aus der Reichstagsfraktion ausgeschieden.**

Die Ostsee künftiger Kriegsschauplatz

(Eigener Expreßnachrichtendienst).

S. Stockholm, 7. März. Die schwedische Presse bringt ausführliche Leitartikel zu er Reichstagsrede Groeners über die Freiheit der Ostsee. „Dagbladet" gibt zu, **daß durch die unabwendbare Auseinandersetzung zwischen Großbritannien und Sowjetrußland die Ostsee Kriegsschauplatz werden könne.** Damit werde die Freiheit der Ostsee gefährdet. Es sei deshalb wohl verständlich, daß Deutschland verhindern wolle, in diesem Mächteaufammenstoß schließlich Ostpreußen zu verlieren. **Der Völkerbund werde keinen Finger rühren, wenn Ostpreußen einmal von den Polen besetzt sei.** Das Schicksal des Memeler Landes, das Schicksal Wilnas und auch das Schicksal Oberschlesiens solle die deutsche Demokratie warnen.

Fühlbare Entspannung in Genf

(Von unserem Berichterstatter.)

Keine Räumungsdebatte?

Genf, 7. März. Aus der französischen Presse hört man, daß Dr. Stresemann erklärt habe, **auf der gegenwärtigen Ratstagung die Rheinlandfrage nicht besprechen zu wollen, selbst theoretische Erörterungen am Vorabend der deutschen und der französischen Wahlen seien nutzlos, dagegen würde die ganze Angelegenheit im Juni zur Sprache kommen.** Im „Petit Journal" meint Marcel Ray, daß dann die unvermeidliche Diskussion der Rheinlandräumung dadurch erleichtert werden könnte, wenn Deutschland jetzt der Entsendung einer Investigationskommission nach Ungarn zustimmen würde. „Oeuvre" betont die Zweckmäßigkeit der Besprechungen über die Rheinlandräumung zwischen Stresemann und Briand auch während der gegenwärtigen Ratstagung. **Die Besetzung erschwere die Annäherungspolitik.** Die Räumung könnte gegebenenfalls das Reparationsproblem und das französische Schuldenproblem lösen, und damit hätte man einen großen Schritt auf dem Wege des Friedens und der Wiederaufrichtung der französischen Finanzen getan. In der „Liberté" gibt Bainville der Ansicht Ausdruck, daß der ungarische Zwischenfall an Interesse verloren habe und die Neugier sich vielmehr auf die hinter den Kulissen stattfindenden Unterhaltungen richte. Die ungewohnte Anwesenheit Berthelots in Genf sei ein genügendes Anzeichen dafür, daß von Dingen gesprochen werde, die die französische Politik sehr nahe angingen. Zweifellos werde doch die von Stresemann unablässig geforderte Räumung des linken Rheinufers zur Sprache kommen. Die drei Besatzungsmächte müßten sich jedoch über diese Räumung einigen und die Entscheidung darüber liege gegenwärtig bei Belgien. Der belgische Außenminister habe sehr klar gegen die Räumung Stellung genommen. Seine Rede habe die Brücke abgebrochen und sei als eine negative Antwort Belgiens auf Sondierungen aufzufassen, die der französische Botschafter in Brüssel unternommen habe, um den belgischen Standpunkt hinsichtlich etwa aufzunehmender Verhandlungen mit der Wilhelmstraße kennen zu lernen. Wenn Deutschland den belgischen Widerstand gegen die Räumung beseitigen wolle, müsse es sich endlich bereitfinden, mit der Brüsseler Regierung über die Frage der Rückzahlung der in Belgien zurückgelassenen 7 Milliarden Mark zu verhandeln. Briand erklärte einigen Pressevertretern über den Verlauf seiner Unterredung mit Dr. Stresemann, **man befinde sich auf dem Wege einer Lösung der Investigationsfragen und er hoffe, daß ein allerseits befriedigendes Resultat bald zustande kommen werde.** Es verlautet von gut unterrichteter Seite, daß in dieser Unterredung am Montag die Rheinlandfrage einen breiten Raum eingenommen habe. Es heißt, **daß Briand bei seinen Bemühungen, den Investigationsbereich zu erweitern und seine Mittel zu ergänzen, auf eine zögernde Haltung Stresemanns und eine ziemliche Opposition seitens Scialojas gestoßen sei.** Die deutsche Delegation sei nicht einheitlicher Auffassung. Teils könnte Stresemann, wenn er der Entsendung einer Untersuchungskommission zustimmen würde, seinen Ruf als guter Europäer verbessern und in der Folge die Verwirklichung seiner diplomatischen Pläne erleichtern, andererseits aber würde eine schlecht organisierte und schwach geführte Untersuchung ohne Ergebnis mit einem Schlage das ganze Ueberwachungssystem diskreditieren. Genf würde sich ein zweites Mal kaum in ein derartiges Abenteuer stürzen. Die ungarische Delegation hat gestern sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundsrates das umfassende Dokumentenmaterial in der Szent Gotthard-Angelegenheit zugehen lassen. Die für gestern geplante Geheimsitzung des Völkerbundsrates zur Behandlung der ungarischen Investigationsfrage ist zunächst auf heute verschoben worden, und zwar im Hinblick auf die ungewöhnlich ausgedehnten Debatten in der gestrigen Vormittagssitzung des Völkerbundsrates. **Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der französische Außenminister auf jeden Fall auf einer militärischen Investigation in Ungarn bestehen will, vor allem scheint es, als wenn Briand überall, nicht nur beim Reichsaußenminister, sondern auch bei Chamberlain darauf hinweist, daß seine innerpolitische Lage und die bevorstehenden Wahlen ihn zwingen, in dieser Haltung zu beharren.** Also Briand benutzt dasselbe Argument, **das er bereits in der Rheinlandfrage und überall dort anwendet, wo sich deutsch-französische Gegensätze zeigen, um den französischen Standpunkt durchzusetzen.** Wie es scheint, ist Chamberlain bisher am unnachgiebigsten. **Man glaubt in französischen Kreisen, mit den beiden anderen Gegnern in der Investigationsfrage, mit dem Reichsaußenminister und dem italienischen Delegierten fertig werden zu können. Man erklärt, daß Deutschland selbst das System der Investigation im Jahre 1926 gutgeheißen habe, und außerdem erwecke es Mißtrauen, wenn Deutschland sich der ungarischen Investigation widersetzt, denn dann müsse alle Welt annehmen, daß auch Deutschland nicht entwaffnet und etwas zu verdecken habe.** Die gestrige öffentliche Sitzung des Völkerbundes begann um 10,30 Uhr und wurde kurz nach 1 Uhr mittags abgeschlossen. Die ersten drei Punkte der Tagesordnung der Sitzung, die sich auf wirtschaftliche Fragen bezogen, wurden fast ohne Aussprache erledigt. Dabei wurden u. a. zwei von Reichsaußenminister Dr. Stresemann erstattete Berichte über die Tätigkeit des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes und über die Einberufung des im Dezember vergangenen Jahres eingesetzten Tagung, die am 14. Mai in Genf beginnen soll, angenommen. In seinem Bericht über die Tätigkeit des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes unterstrich Dr. Stresemann, gestützt auf die Grundsätze der Weltwirtschaftskonferenz, die Notwendigkeit einer steten und planmäßigen aktiven Zusammenarbeit zwischen den Staaten zum Zwecke der Beseitigung der Zollschranken. Zu einer längeren und grundsätzlich wichtigen Aussprache kam es bei der Beratung eines von dem italienischen Ratsmitglied Scialoja erstatteten Berichtes über den Stand der Ratifikationen der unter den Auspizien des Völkerbundes abgeschlossenen Staatenabkommen. Chamberlain bemängelte als erster Diskussionsredner, daß die Opiumkonvention vom Jahr 1925 wegen ungenügender Ratifizierung durch die Ratsmächte noch nicht in Kraft treten konnte. Auch hat eine ganze Reihe von Abkommen über Schiffahrtsfragen noch nicht die nötige Zahl von Ratifikationen erhalten. Chamberlain betonte die dringende Notwendigkeit, zunächst die bereits vorhandenen Abkommen in Kraft zu setzen, statt ihre ohnehin hohe Zahl immer mehr zu steigern. Die Vertreter Rumäniens, Hollands, Kanadas und Japans kündigten bei dieser Gelegenheit die bevorstehende Ratifikation der Opiumkonvention durch ihre Länder an, so daß diese, da Rumänien und Holland schon in allernächster Zeit ratifizieren werden, bis zur nächsten Ratstagung in Kraft treten kann.

(Siehe auch: „Letzte Drahtnachrichten".)

Kriegswolken über Arabien

(Von unserem eigenen Mitarbeiter.)

Ibn Sauds Entschluß

—or— Basra, 7. März. Die Lage in der Nähe des Nedsch-Staates hat sich ganz erheblich verschärft. Uebereinstimmend wird gemeldet, **daß ein neuer Stamm, dessen Schelch verwandtschaftliche Beziehungen zu Feisal ed Dowitsch hat, revoltiert hat und angeblich 20 000 Mann an der Grenze zusammenzieht, um einen Vorstoß auf Koweit zu unternehmen.** Infolgedessen sind die englischen Flugzeuge und Tankstreitkräfte ganz erheblich verstärkt worden. In Koweit und anderen Grenzorten wurden neue Militärstützpunkte eingerichtet. Zwei weitere Kanonenboote sind in Koweit eingetroffen, um gegebenenfalls den dort stationierten Kreuzer „Esmeralda" unterstützen zu können. **Der Wahabi-König Ibn Saud hat auf einer Konferenz mit den Führern der wichtigsten Stämme dem Verlangen nachgegeben, den Heiligen Krieg gegen die Mohammedaner in den britischen Mandatsgebieten des Irak und in Transjordanien zu führen.** Verschiedenen Stammeshäuptlingen soll Ibn Saud seine Unterstützung durch Lieferung von Gewehren, Munition und Proviant zugesichert haben. Von seiner Sinnesänderungen machte Ibn Saud den Stammeshäuptlingen in einer Botschaft Mitteilung, in der er betont, daß die Bevölkerung des Irak-Gebietes, Koweits und Transjordaniens sich endgültig vom Islam abgewandt habe **und daß es daher heiligste Pflicht sei, sie mit dem Schwerte zu bekehren.** Auf Grund dieser Entscheidung erwartet man nunmehr einen **Kreuzzug gegen das Irakgebiet, Koweit und Transjordanien.** Zu berücksichtigen dabei ist jedoch, daß Ibn Saud unter starkem Druck der verschiedenen Stämme gehandelt hat und seine Zusage daher nicht den vollen Wret besitzt.

✱

)(Britische Flugzeuge haben festgestellt, daß die an der Irakgrenze und gegen Koweit operierenden wahabitischen Grenzstämme neue Waffen und Munitionsnachschübe erhalten haben. Dies verstärkt in London imer mehr die Meinung, daß der Sultan der Wahabiten, Ibn Saud, nach der vor 2 Jahren erfolgten Eroberung des Königreichs Hedschas nunmehr den offenen **Kampf um die Alleinherrschaft in dem von französischen und englischen Mandaten zerstückelten Arabien aufnehmen will.**

Sofia vor einer neuen Krise

—„— Sofia, 7. März. (Eigenbericht.) Die Demission des bulgarischen Eisenbahnministers Grigoriew hat im Lande großes Aufsehen erregt. Mit der Verwaltung des Eisenbahnministeriums ist vorläufig Minister Wassiliew betraut worden. **Es scheint,** daß Grigoriew sich weigerte, die Verantwortung für die Katastrophe von Gorna Orjachowitza zu übernehmen, wo bekanntlich ein Eisenbahnzug in einen Abgrund stürzte und 45 Personen getötet wurden. Grigoriew soll sich geweigert haben, die Verantwortung für die Katastrophe zu übernehmen, weil die Bremsen des Zuges nicht in Ordnung gewesen seien. Er soll sich auch



(Nachdruck unserer mit Originalzeichen versehenen Korrespondenzen nur mit Quellenangabe gestattet.)

Lünen und Nachbarorte.

Lünen, den 7. März 1928.

Stadtverordneten-Sitzung.

Eine kurze Tagesordnung. Eine in versöhnlichem Tone geführte Beratung — holde Eintracht, süßer Friede. Die Sensation der gestrigen Sitzung war die aus Berlin eingetroffene telegraphische Mitteilung, daß das heißumstrittene Brambauer nach Lünen eingemeindet werden soll. In der 2. Lesung des Umgemeindungsgesetzes im Landtag fand der Antrag der Wirtschaftl. Vereinigung, **daß die Landgemeinde Brambauer nicht mit der Stadtgemeinde Dortmund, sondern mit der Stadt Lünen zu vereinigen sei,** Annahme. Darob allseits große Freude. Um 7 Uhr Schluß der denkwürdigen Sitzung.

◆

Sitzungsbericht.

Um 5.15 Uhr eröffnet Stadtv.-Vorsteher Bußmann die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Stadtv. Volkmann, den Punkt der Geheim-Sitzung, in welchem Besoldungsfragen erörtert werden sollen, in öffentlicher Sitzung zu verhandeln, da darüber die unglaublichsten Gerüchte im Gange seien. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Hierauf wird in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1. Wahl von Schiedsmännern.

Die Wahlperiode folgender Schiedsmänner und Schiedsmannsstellvertreter ist abgelaufen: Bezirk 3: Schiedsmann Wirt Johannes Schmidt, Stellvertreter Landwirt Wilh. Rühenbeck. Bezirk 4: Schiedsmann Rektor Heinr. Strothotte, Stellv. Bergmann Franz Althoff. Bezirk 7: Schiedsmann Bergmann Franz Althoff, Stellv. Rektor Heinr. Strothotte. Sämtliche Herren wurden wiedergewählt.

Punkt 2. Antrag der Freien Volksbühne Lünen auf Bewilligung einer Beihilfe von 1000 M.

In der Begründung heißt es u. a.: Die Freie Volksbühne Lünen ist durch ihre Mitgliedschaft im „Verbande der deutschen Volksbühnenvereine E. V." ein von den Behörden als „gemeinnützig" anerkannter Verein, der beispielsweise von der Pflicht der Umsatzsteuer, sowie der Vergnügungssteuer befreit ist.

Die Freie Volksbühne lehnt bei ihrer künstlerischen Arbeit jede Unterordnung unter politische oder konfessionelle Gesichtspunkte ab, sie wendet sich an alle Kreise der Bevölkerung und sucht besonders durch Verbilligung des Theaterbesuches den letzteren auch den minderbemittelten Bevölkerungskreisen zu ermöglichen.

Fast von allen Verwaltungen derjenigen Städte, in denen Volksbühnen ihre Tätigkeit ausüben, sind deshalb Mittel bereit gestellt worden, um diese kulturelle Tätigkeit der Volksbühnen zu fördern. So hat die Stadt Gelsenkirchen 3000 RM für die Unterstützung der Volksbühne in den Etat eingesetzt. Die Städte Herford und Recklinghausen stellen für jede Vorstellung der Volksbühne das spielfertige Haus einschl. Licht, Heizung, Personal unentgeltlich zur Verfügung, was einer Beihilfe von 100 RM bei Herford und 200 RM bei Recklinghausen pro Vorstellung gleichkommt. Die Stadt Wanne-Eickel gibt der Volksbühne 30 Proz. der Einnahme aus den durch die Volksbühne umgesetzten Eintrittskarten zu den städtischen Vorstellungen als Zuschuß. Die kleine Gemeinde Herrest bei Dorsten übernimmt die Werbekosten und die Leistung der Garantie bei den Vorstellungen des Ostfries.-Westfäl. Landestheaters, die 400 RM beträgt.

Der Magistrat hat beschlossen, für das Rechnungsjahr 1928 versuchsweise eine einmalige Beihilfe von 1000 RM zu bewilligen. Der Vorstand der Volksbühne soll ersucht werden, dahin zu wirken, daß nach Möglichkeit alle 14 Tage Vorstellungen gegeben werden.

Stadtv. Coers unterstützt den Antrag und bittet, dem Magistratsbeschluß beizutreten. Er begrüßt es, daß der Bevölkerung am hiesigen Platze gute und billige Theateraufführungen geboten werden, weshalb man die Bestrebungen der „Volksbühne" tatkräftigst fördern müsse.

Stadtv. Nigge wendet sich gegen die Vorlage. Der Antrag gehe zu weit. Mit gleichem Recht könnten die anderen hiesigen Vereine Unterstützung beantragen. Man täte besser, die hiesigen Gesangvereine durch Befreiung von der Lustbarkeitssteuer zu unterstützen, als ihnen 300 M aus der Tasche zu jagen. Hier seien bei volkstümlichen Konzerten oft an die 1000 Zuhörer, während die Theateraufführungen der Volksbühne nur ein kleines Häufchen Zuschauer befriedigten.

Stadtv. Peirat bezeichnet die Sache als eine gemeinnützige Einrichtung, die namentlich auch den Außenbezirken zugute komme. Verschiedene Einwohner Brambauers hätten sich beispielsweise schon darüber gewundert, daß Lünen für solch kulturelle Zwecke nichts übrig habe. Redner plädiert für Annahme der Vorlage.

Stadtv. Finke: Die Bedenken Nigge's sind nicht von der Hand zu weisen, obwohl man der Sache wohlwollend gegenüber stehen soll. Wünschenswert wäre aber daß die Stadt auf die Auswahl der Stücke einen gewissen Einfluß habe, damit man nicht Gefahr laufe, daß politische oder religiöse Gefühle verletzt werden.

Stadtv. Volkmann wittert darin, daß Stadtv. Coers sich für die Sache ins Zeug legt, eine gewisse Gefahr. Im Interesse der arbeitenden Bevölkerung aber sei die Vorlage zu begrüßen, weshalb er bitte, ihr zuzustimmen.

Da soeben ein Telegramm aus Berlin eintrifft, wird die Sitzung unterbrochen und Stadtrat Demtröder macht mit freudig bewegter Stimme die Mitteilung, daß im Landtag die Eingemeindungsvorlage in 2. Lesung mit großer Mehrheit angenommen sei mit der Abänderung, daß die

Gemeinde Brambauer nach Lünen eingemeindet werden soll.

Stadtrat Demtröder bezeichnet dies als ein Ereignis von großer Bedeutung und gibt seiner Freude darüber beredten Ausdruck. Er hofft, daß die Vorlage auch in der 3. Lesung am kommenden Freitag widerspruchslos genehmigt wird und dankt namens des Magistrats allen, die an dem bedeutungsvollen Werk mitgearbeitet und ihm ihre Unterstützung geliehen haben. Redner schließt mit einem kräftigen „Glück auf" auf ein einträchtiges Zusammenwirken zwischen Lünen und Brambauer und auf eine glückliche Zukunft unseres ganzen städtischen Gemeinwesens.

Das Haus nimmt die frohe Botschaft mit gleicher sichtbarer Freude auf.

Sodann wird die Beratung über Punkt 2 der Tagesordnung wieder aufgenommen. Nach weiterer kurzer Debatte wird die Magistratsvorlage auf einmalige versuchsweise Bewilligung von 1000 M für die Volksbühne pro 1928 mit allen Stimmen gegen die Stimme des Stadtv. Nigge angenommen.

Punkt 3. Verkauf eines Grundstücks in Größe von 18,40 Ruten an die Reichsbundsiedlung.

Die Stadtverordnetenversammlung, so heißt es in der Vorlage, hat unterm 31. 1. 1928 beschlossen, der Reichsbundsiedlung eine Fläche von 18,40 Ruten entgegen der Magistratsvorlage, nach der 30 M pro Rute gefordert wurden, gratis zu überlassen. Dieser Beschluß muß gemäß § 56 Ziff. 2 der Westf. Städteordnung vom 19. März 1856 beanstandet werden. Nach dieser Bestimmung ist der Magistrat verpflichtet, die Zustimmung zu Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung und ihre Ausführung zu versagen, wenn das Staatswohl oder das Gemeindeinteresse verletzt ist. In diesem Fall ist das Gemeindeinteresse verletzt. Die Stadt kann grundsätzlich kein Gelände verschenken, dann aber würden mit gleichem Recht andere Siedlungen usw. mit Anträgen auf kostenlose Ueberlassung von Baugelände kommen. Es würde ein Präzedenzfall geschaffen, der zu unabsehbaren Weiterungen führen könnte. Auf Vorschlag des Stadtverordnetenvorstehers hat der Magistrat sich erneut mit der Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, den Preis von 30 M auf 15 M pro Rute zu ermäßigen.

Stadtv.-Vorsteher Bußmann macht die Mitteilung, daß mit den Kriegsbeschädigten bereits eine Einigung auf 15 M pro Rute erzielt sei.

Stadtv. Volkmann: Wir haben seinerzeit den Antrag gestellt, den Kriegsbeschädigten die Vermessungskosten zu schenken, und halten heute an diesem Antrag fest.

Stadtv. Meier wendet sich dagegen.

Der Antrag Volkmann verfällt hierauf der Ablehnung. Die Magistratsvorlage wird einstimmig angenommen.

Punkt 4. Kanalisierung eines Teils der Kupferstraße, der Straße Am Wäldchen und Im Wiesengrund.

Die Magistratsvorlage bittet das Kollegium um folgenden Beschluß:

„Für die Kanalisierung eines Teiles der Kupferstraße, der Straße Am Wäldchen und Im Wiesengrund werden die Kosten in Höhe von 10 000 RM bewilligt. Der Betrag ist im Wege der Anleihe zu beschaffen."

Hierüber entspinnt sich eine nahezu einstündige Debatte, an welcher sich die Stadtv. Finke, Coers, Bußmann, Petrat, Ploeger, Frl. Schnackenbrock, Baurat Stränger, Stadtv. Rehfeuter, Stadtrat Demtröder, Stadtv. Meier und Baukmann beteiligen.

Von bürgerlicher Seite wird gerügt, daß in Lünen vielfach das Prinzip vorherrsche, erst Häuser zu bauen und dann erst Straßen anzulegen. Anderwärts sei es üblich, erst die Straßen anzulegen und eine Kanalisation zu schaffen, und dann erst eine Bebauung der fertigen Straßen vorzunehmen. Dem wird entgegengestellt, daß damit der Spekulation Tür und Tor geöffnet sei. Weiter wird betont, daß der Antrag nicht von den Anliegern gestellt sei, sondern von der Stadt, die dort städt. Häuser für Lungenkranke errichtet habe. Stadtv. Ploeger bezeichnet es als unverantwortlich, in diesem Wasserloch Häuser für Lungenkranke zu errichten. Man hätte den Leuten seinerzeit Bauplätze in der Geist geben sollen, dann hätte man heute eine schöne Gartenstadt. Stadtrat Demtröder weist darauf hin, daß der Kreisarzt sich gutachtlich darüber geäußert habe, daß keinerlei Befürchtungen in gesundheitlicher Beziehung, auch bezügl. der Nähe des Kupferwerks, vorliegen.

Die Vorlage wird sodann einstimmig angenommen.

Punkt 5. Freilegung des Bürgersteiges vor dem Hause Münsterstraße 43.

Bei der Vermietung der Besitzung Münsterstraße 43 an die Gewerkschaft Eisenhütte „Westfalia" ist es gelungen, die Erben Vieth zur Freilegung des Bürgersteiges vor dieser Besitzung zu veranlassen. Diese Bürgersteigfreilegung ist mit Rücksicht auf den starken Verkehr auf der Münsterstraße und der gerade an dieser Stelle befindlichen Endstation der Straßenbahn eine unbedingte Notwendigkeit. Auch wird durch die Beseitigung der alten Hecke und Errichtung der geplanten Einfriedigungsmauer das Straßenbild in der Nähe des Hauptbahnhofes wesentlich verschönert. Die Kosten für die ca. 80,00 m lange Einfriedigungsmauer betragen 2000 M, wozu die Pächterin der Besitzung, Gewerkschaft Eisenhütte „Westfalia", auf Grund der mit dieser geführten Verhandlungen einen einmaligen Zuschuß von 500 M leistet. Von der Stadtgemeinde sind demnach noch 1500 M aufzuwenden.

Nach kurzer Aussprache wird der Vorlage zugestimmt.

Punkt 6. Bürgschaftsangelegenheit des Bauunternehmers Kortmann - Cappenberg.

Hierzu führt der Magistrat aus:

Durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 27. 1. 1927 hat die Stadtgemeinde für die Neubauten des Bauunternehmers Kortmann an der Münsterstraße die selbstschuldnerische Bürgschaft für eine zweitstellige Hypothek in Höhe von 40 000 M übernommen. Zur Sicherstellung dieser Bürgschaftsübernahme soll K. außer der Eintragung einer Sicherheitshypothek auf die errichteten Neubauten eine weitere Sicherheitshypothek in Höhe von 30 000 M auf seine sonstigen Besitzungen eintragen lassen. Von der Eintragung der letzteren Hypothek bittet K. Abstand zu nehmen, da die beiden Häuser mit den 4 Ladenlokalen und 10 Wohnungen in ihrer jetzigen soliden Ausführung der Stadt genügend Sicherheit bieten.

Die Baukosten betragen 134 700.— RMk. und 17 000.— RMk. für Grundstückskosten = 151 700.- RMk. Belastet sind die Neubauten mit einer erststelligen Hypothek von 50 000.— RMk.

Die Finanzkommission lehnt eine Befürwortung dieses Antrages ab. Sie ist der Ansicht, daß ohne die Gegenbürgschaft keine genügende Sicherheit für die Stadt vorhanden sei.

Nach kurzer Aussprache wird die Vorlage gegen die Stimmen der sozialistischen Fraktion abgelehnt.

Punkt 7. Bau einer Brücke über die Lippe in Lünen-Lipphofhausen.

Magistrat schlägt vor, aus verkehrs- und sicherheitstechnischen Gründen die im alten Brückenprojekt vorgesehenen Bürgersteige von 1,00 Meter auf eine Breite von 1,55 Meter zu erbreitern. Die hierdurch entstehenden Mehrkosten berechnen sich auf etwa 4000 bis 5000 M. Dem Wunsche des Kollegiums entsprechend erfolgt öffentliche Ausschreibung.

Bau- und Finanzkommission sind gehört. Beide Kommissionen sind dem Vorschlage des Magistrats nicht beigetreten. Sie halten vielmehr das alte Projekt für vollständig ausreichend.

Nach kurzer Debatte stellt Stadtv. Finke den Antrag, beide Projekte auszuschreiben.

Die Magistratsvorlage, welche eine Erbreiterung der Brücke vorsieht, wird hierauf abgelehnt, der Antrag Finke angenommen.

Hierauf wurde die öffentliche Sitzung nach Bekanntgabe eines weiteren Telegramms aus Berlin geschlossen. Schluß 7 Uhr. Anschließend geheime Sitzung.

◆

Mitteilungen aus der Magistratssitzung.

In der letzten Sitzung beschäftigte sich der Magistrat mit folgenden Angelegenheiten:

Der Etat für das Rechnungsjahr 1928 kann nicht rechtzeitig fertiggestellt werden. Magistrat beschließt daher die Weitererhebung der diesjährigen Steuersätze vorbehaltlich späterer Verrechnung. — Die städt. Wohnung Preußenstraße 89a wird an den Oberweichenwärter Heinrich Kunst vermietet. — Mit der Löschung einer Sicherheitshypothek ist Magistrat einverstanden. — Mit der Ueberlassung des Verkaufsstandes in der auf dem neuen Marktplatz zu errichtenden Bedürfnisanstalt an einen Schwerkriegsbeschädigten ist Magistrat einverstanden. — Der Reichsbundsiedlung wird die Konzession zum Betriebe einer Gast- und Schankwirtschaft in einem an der Molktestraße zu errichtenden Kriegerheim nach den vorliegenden Plänen erteilt. — Der Metzger Anton Mastalerz erhält die Genehmigung zum Verkauf von Gefrierfleisch. — Ferner wird der Antrag einer Vereinigung auf Gewährung einer Beihilfe genehmigt; zwei Anträge werden abgelehnt.

◆

* **Mittelstandskredite der Landesbank.** Die Landesbank hat den Sparkassen abermals einen Betrag von 1½ Millionen Mark zur Weitergabe als Personalkredite an den Mittelstand zu einem Vorzugszinssatz zur Verfügung gestellt.



Roman von Guido Kreutzer

10 (Nachdruck verboten.)

Wie ein reißender Strom rauschten seine Worte an ihrem Ohr vorüber. Sie begriff sie gar nicht, hatte sich nur verfangen in dem einen gräßlichen Bewußtsein:

„Im Ernst also wagen Sie zu fordern, daß ich einen Mord an Ihnen begehen soll?"

„Niemand, Fräulein Rionn, zwang Sie, in meine Entschlüsse einzugreifen und Schicksal zu spielen. Ich bin kein Objekt für die kapriziösen Marotten einer Weltdame. Bis vor einer Stunde kannten Sie mich nicht, wissen auch jetzt erst kaum meinen Namen. Er bedeutet Ihnen ebenso wenig, wie sein Träger Ihnen etwas gelten kann. Machen Sie der exzentrischen Episode Ihres mißglückten Rettungsversuches ein Ende. Schütteln Sie mich von sich ab. Geben Sie mir die Freiheit meines Handelns zurück. Ich werde Ihnen dafür danken. Und keine Gewissensschuld belastet Sie."

„Die Freiheit Ihres Handelns?" schleuderte sie ihm leidenschaftlich entgegen. „Damit Sie gehen und doch ausführen, was Sie planen! Niemals! — Ich habe Ihr Ehrenwort!"

„Nur, wenn Sie auch Mut genug aufbringen zur Gegenleistung, falls es soweit kommt. Vergessen Sie nicht — jeder Tag kann den entscheidenden Moment bringen, wo ich vor Sie hintreten und meine Forderung eintreiben müßte."

Darauf fand sie keine Antwort mehr, sondern trat — an Henner von Traß vorüber — mit müden, schleppenden Schritten zu einem breiten, kissenübersäten Ruhebett, das unter halbgerafftem persischen Baldachin quer im Zimmer stand.

Darauf sank sie nieder. Saß, von ihrem Gast abgewandt, vornüber geneigt. Hielt die Hände im Schoß verflochten und den Kopf gesenkt, als erwarte sie einen tödlichen Schlag.

Die hauchdünne Seide des heliotropfarbenen Chiffonkleides markierte silhouettenhaft scharf die vollendeten Linien ihrer Figur und ließ das gelöste Spiel ihrer Glieder ahnen. Alabastern schimmerte der gepuderte Nacken, gegen den sich eine Doppelreihe wundervoller Perlen schmiegte. Betörend gemeißelt verlor sich die filigranfeine Fesselung der schmalen Kinderfüße in hochhackigen Schühchen aus geflammtem Schlangenleder unterm Saum des Kleides.

Von irgendwoher klang silberner Tropfenfall einer alten Pendüle. Draußen strich mit kosenden Fingern lauer Nachtwind gegen die Fensterscheiben.

Und unversehens auch knisterte es geheimnisvoll im Gebälk.

Danach war es wieder ganz still.

Rings träumte die Nacht.

Nur die Atemzüge der beiden Menschen.

„Sie sind Henner von Traß!" Lautlos bewegten sich ihre Lippen. „Wenn ich geahnt hätte, wer Henner von Traß ist!"

Einmal stöhnte sie auf:

„Sagen Sie, daß alles nicht wahr ist! Daß alles von selbst wieder gut wird, wenn nur diese grauenhafte Nacht erst vorüber ist! Daß Sie niemals in Wahrheit" — mutlos erlosch ihre Stimme schon wieder.

Von rückwärts her kam keine Antwort.

Und abermals nach einer Weile, wie in verzweifeltem Rütteln an den Eisengittern eines Kerkerverlieses:

„Es muß — es muß — es muß noch einen anderen Ausweg geben!"

„Es gibt keinen, gnädiges Fräulein. Denn wenn ich von Ihnen fortgehe, weiß ich noch nicht, was geschieht und was der morgige Tag bringt. Vielleicht gewährt das Schicksal mir noch eine ganz kurze Atempause — vielleicht aber zwingt es mich auch, schon nach wenigen Stunden vor Sie hinzutreten und meine Gegenforderung zu stellen. Deshalb bitte ich Sie nochmals: seien Sie nicht vermessen! Fordern Sie die Vorsehung nicht heraus. Denken Sie an Ihre fünfundzwanzig Jahre und an das Leben, das noch vor Ihnen liegt! Wollen Sie das alles leichtfertig aufs Spiel setzen? Jetzt wiederhole ich Ihnen, was Sie vorhin zu mir sagten: Sie sind irrsinnig! Niemand zwingt Sie, niemand wird Ihnen danken! Geben Sie mir mein Wort zurück und lassen Sie mich fort. Es genügt, wenn einer von uns beiden vor die Hunde geht."

Sie veränderte ihre Haltung nicht, saß noch immer vornübergesunken. Nur den Kopf hob sie jetzt. Wandte ihn, wie unter einem geheimnisvoll magnetischen Bann, über die Schulter zurück. Umfing mit einem einzigen, selbstvergessenen, aufleuchtenden Blick die versammelt vornehme Schlankheit dieses Mannes, als müßte sie sein Bild sich unauslöschlich einprägen bis in ihre Sterbestunde.

Und nun erhob sie sich und trat langsam auf ihn zu.

Traumhaft fremde, niegekannte Empfindungen strömten ihr heiß zum Herzen.

Die bisher so blutleeren Wangen überflammte Karmin. Mit ihrer charakteristischen herrisch-rechthaberischen Bewegung schüttelte sie die Locken aus der Stirn. Und in sich versunkenes Lächeln erwachte in schattenhaftem Spiel um die blühenden Lippen.

„Trotz allem und allem, Herr von Traß — ich bin vermessen genug, die Vorsehung herauszufordern. Gerade weil Sie mich warnten und weil ich weiß, daß ich Siegerin bleibe. Niemals wird die Stunde kommen, von der Sie sprachen — niemals, wenn Sie mir einen einzigen Wunsch erfüllen."

„Einen — Wunsch?"

„Daß ich jederzeit, wann immer ich es will, ein Recht auf Ihre Gegenwart und Ihre Gesellschaft habe! Daß Sie kommen, wenn ich Sie rufe! Daß Sie bleiben, solange mich nach Ihrer Anwesenheit verlangt! Sagen Sie mir die Erfüllung dieses Wunsches zu, dann —"

Sie atmete tief auf, daß sich die Seide über der blühenden Brust fast zum Zerreißen spannte. Unergründlich ovalisierten die phosphoreszierenden Reflexe ihrer saphirenen Augen im Schatten langgewimperter Lider.

Hinreißend war sie, wie jetzt alle ihre Verzagtheit von ihr abfiel und nur der goldgewirkte Prunkschleier ihrer leidenschaftlichen Schönheit sie schimmernd überfloß.

Ihre Stimme schwang.

„— dann, Herr von Traß, werden Sie nicht mehr daran denken, Ihr Leben zu vernichten, sondern es ebenso inbrünstig lieben lernen, wie ich selbst jetzt —"

Sie sprach das letzte nicht aus, hob nur stumm die Hand, um sie ihm entgegenzustrecken.

Wortlos neigte er sich über die stumm dargebotene Hand — chevaleresk, kalt. Und mußte sich zusammenreißen, um das bittere Auflachen zu bändigen, das ihm die Kehle hochanoll.

Dieser skurrile Pakt, den er hier mit einer fremden, gleichgültigen Frau schloß — Farce war der, Bluff, niedrigster, verächtlichster Selbstbetrug.

Phrasen, hinter die er sich verkrochen — unsäglich schlappe Ausflüchte, an die er selbst keine Sekunde geglaubt hatte.

Nichts, denn ein erbärmlicher Taschenspieler war er der sein Herz mit dem Gehirn hatte betrügen wollen.

Doch das arbeitete unerbittlich klar:

Seit ihm vorhin die Repetierpistole aus der Hand gerissen worden, seitdem war's zu Ende mit dem Entschluß zum Tode.

Alle Energie lag in die Knie gebrochen.

Jedes Wort, das in diesem Raum hier über seine Lippen gekommen, war eine bewußte Lüge gewesen.

Komödiant des Lebens zu einer Komödiantin der Bühne — par nobile fratrum!

Nein — er konnte nicht von eigener Hand sterben!

Nie mehr würde er die Kraft aufbringen, noch einmal die Waffe gegen sich zu erheben.

Christa hielt ihn.

Leben!

Nur leben und allem die Stirn bieten und sich bis zur letzten Sekunde an die armselige Hoffnung klammern, daß durch irgendein Wunder göttlicher Gnade doch noch die Rehabilitierung seines Namens erfolgte.

Zähne zusammenbeißen und alles ertragen — nicht aber sich freiwillig lösen von einer Welt, die noch eine Christa Varell trug.

In dieser Sekunde wußte er, daß neben der Reinheit seines Namens noch ein zweites Dogma sein Leben beherrschte: die Liebe zu der Frau, die diesen Namen einmal hätte tragen sollen; die ihn selbst verraten und vernichtet und doch mit tausend ehernen Ketten an das Dasein geschmiedet hatte.

(Forts. im 2. Blatt)

* **Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Gastwirtsgewerbes.** Das dem volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags vorliegende Gesamtergebnis der letzten gewerblichen Betriebszählung enthält auch Zahlen über den Anteil des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes am deutschen Gewerbe. Während seit der letzten Betriebszählung im Jahre 1907 die Gesamtzahl der Gewerbebetriebe und der gewerbetätigen Personen sich erheblich vermehrt hat, ist im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe ein Rückgang festzustellen. Nach der Zählung gab es 1925 im ganzen Deutschen Reiche ohne Saargebiet 255 918 Gast- und Schankwirtschaften mit 716 086 beschäftigten Personen. Das ist ein Rückgang der Betriebe um 14 100 oder 5,2 Prozent und der beschäftigten Personen um 25 035 oder 3,4 Prozent. Trotz dieses erheblichen Gesamtrückganges hat sich die Zahl der weiblichen beschäftigten Personen um 2500 vermehrt. Damit steht das Gastwirtsgewerbe bezüglich der weiblichen beschäftigten Personen an erster Stelle unter allen Gewerbegruppen. Im übrigen ergibt sich aus dem Zählungsergebnis, daß das Gast- und Schankwirtsgewerbe unter allen deutschen Gewerbegruppen an vierter Stelle steht und hinsichtlich der Zahl der Betriebe nur vom Handels-, Bekleidungs- und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe übertroffen wird. Die meisten Gast- und Schankwirtschaften hat Preußen mit 144 604 aufzuweisen. Von den preußischen Provinzen steht wiederum das Rheinland mit 26 154 an erster Stelle, ihm folgt Berlin mit 19 478 Betrieben. Nach Preußen folgt von den Ländern Bayern mit 32 669 Betrieben, dann Sachsen mit 23 514 Betrieben. Das drittgrößte deutsche Land, Württemberg, zählt nur noch rund 12 000 Betriebe, während die übrigen Länder ganz erheblich darunter liegen.

* **Mit chemischer Volkskunde** beschäftigt sich ein Lehrgang, den die Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen in den diesjährigen Osterferien in Köln veranstaltet, und an dem die hervorragendsten Fachvertreter mitwirken, so Professor Dr. von der Leyen, Köln, Professor Dr. Naumann, Frankfurt a. M., Professor Dr. Wrede, Köln, Direktor Dr. Steinbach, Bonn, Professor Dr. Meier, Freiburg i. Br., Professor Dr. Müller, Bonn, Direktor Dr. Creutz, Krefeld. An den Lehrgang schließt sich eine volkskundliche Studienfahrt durch Ost- und Südholland an. Nähere Auskunft erteilt die Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen, Berlin-Schöneberg, Grunewaldstraße 6-7.

* **Die Verzeichnisse der Postscheckkunden** bei den Postscheckämtern im Deutschen Reich werden in nächster Zeit nach dem Stande vom 1. Januar 1928 neu erscheinen. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen, die auch über die Preise Auskunft erteilen. Postscheckkunden erhalten die Verzeichnisse auf Wunsch von ihrem Postscheckamt unter Abbuchung des Preises von ihrem Konto; sie können sich auch den regelmäßigen Bezug durch einmalige Bestellung bei ihrem Postscheckamt sichern.

❖

Dortmund, 7. März. (Raubüberfall.) In der Nacht zum Dienstag wurde der Bauunternehmer Hans D. von hier mit erheblichen Kopfverletzungen in die Städtischen Krankenanstalten eingeliefert. Seine Brieftasche fehlte, lediglich 50 ℳ bares Geld wurden bei ihm vorgefunden. Wie festgestellt wurde, war D. gegen 2 Uhr nachts in der Gerberstraße überfallen worden, wobei ihm die Brieftasche und sein übriges Geld gestohlen wurden. Die herbeigerufene Polizei nahm sofort die Ermittlungen auf und es gelang ihr, den Täter zu stellen, der verhaftet wurde.

❖ **Werne a. d. Lippe**, 7. März. (Zum Bahnbau Dortmund—Münster.) Mit der Aufnahme des Betriebes der Bahnstrecke Dortmund—Münster wird zum 1. Oktober ds. Jrs bestimmt gerechnet. Die Aufstellung eines geeigneten Fahrplanes ist von größter Wichtigkeit. Seitens der Stadtverwaltung sind die hiesigen Berufsvertretungen zur Aeußerung ihrer Wünsche aufgefordert worden. Mit Ausnahme des Mittelstandsverbandes haben denn auch alle aufgeforderten Organisationen ihre Wünsche bekannt gegeben. Der von der Verwaltung auf dieser Grundlage aufgestellte Plan wurde vom Magistrat zur Weitergabe an die infrage kommende Stelle der Reichsbahn gutgeheißen. Es werden täglich 10 Zugpaare, davon 2 beschleunigte Personenzüge, nach jeder Richtung vorgeschlagen. Es besteht Hoffnung, daß an maßgebender Stelle den berechtigten Wünschen der hiesigen Bevölkerung in vollem Umfange Rechnung getragen wird.

❖ **Selm**, 6. März. (Kundgebung am Volkstrauertag.) Eine öffentliche Gedenkfeier veranstalteten unter starker Teilnahme der Bevölkerung die hiesigen Krieger- und Landwehrvereine auf dem Friedhof am Ehrenmal der Gefallenen des Weltkrieges. Die vereinigten Sängerchöre unseres Ortes, sowie die ehemalige Bergkapelle der Zeche Hermann umrahmten die Feier und vermittelten tiefgehende Eindrücke mit ihren Weisen. Gemeindevorsteher Hugo Kamphaus hielt eine der Bedeutung des Volkstrauertages entsprechende ergreifende Rede am Grabe der toten Brüder und hob hervor, daß den Toten nachgeeifert werden müsse in der Treue zum Vaterland. Das gemeinsame Lied „Ich hatt' einen Kameraden" schloß die eindrucksvolle Gedenkstunde.

Vermischte Nachrichten.

Gemeinsamer Tod von Mutter und Kind.

Berlin, 6. März. Heute nachmittag vergiftete sich die 32 Jahre alte ledige Margarete Gerbig mit ihrem 8 Monate alten Söhnchen Heinz nach einer Eifersuchtsszene mit ihrem Bräutigam mit Gas. Als der Bräutigam nach kurzer Abwesenheit in die Wohnung zurückkehrte, fand er die beiden tot auf.

❖

— **Die Mandelbäume an der Bergstraße blühen!** Während aus den deutschen Bergen prächtiges Winterwetter mit Kälte und Sonnenschein gemeldet wird und auf den Kämmen der Sudeten der Schnee noch meterhoch liegt, kommt aus Mannheim die Meldung, daß an der Bergstraße, in Heppenheim, in Weinheim und auch in Heidelberg die Mandelbäume in den geschützten Lagen bereits ihre weißen Blüten entfaltet haben. Der Frühling ist also in dieser klimatisch begünstigten Gegend in diesem Jahre besonders früh eingezogen.

Zur Belebung des Baumarktes.

Vorgriff auf die staatlichen Baumittel für 1928.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat wie in den vergangenen Jahren so auch jetzt wieder, das Preußische Staatsministerium den Beschluß gefaßt, einen Teil der laufenden und der außerordentlichen Baumittel für das Rechnungsjahr 1928 zur sofortigen Verfügung zu stellen. Diese Maßnahme gestattet schon vor der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes staatliche Bauaufträge zu geben und damit das auch heute noch nicht wieder vollbeschäftigte Baugewerbe anzuregen.

Die gesamten Staatshochbauten erfordern für das Rechnungsjahr 1928 nach dem Ordinarium rund 29 Millionen RM für Bauunterhaltung und nach dem Extraordinarium rund 49 Millionen RM für Neubauten, zusammen 78 Millionen RM. Hinzu treten noch 10 Millionen RM für Beseitigung der noch aus der Kriegszeit stammenden Bauschäden, so daß insgesamt rund 88 Millionen RM Ausgaben in Ansatz gebracht worden sind.

Programme des Westdeutschen Rundfunks.

Donnerstag, den 8. März 1928.

13,05—14,30 Dortmund: Mittagskonzert der Kapelle Iseglio aus dem Cafe „Corso".
14,30 Funkwerbung: Ratschläge fürs Haus.
17,20—17,30 Köln: Das Ergebnis des Tages.
17,30—17,55 Köln: Universitätsprofessor Dr. Sperber: „Dutes Deutsch! Bilder aus Vergangenheit und Gegenwart unserer Muttersprache."
18,00—19,00 Köln: Vesperkonzert, ausgeführt von dem Guitarrevirtuosen Zapater unter Mitwirkung des Chors des Westdeutschen Rundfunks.
19,15—19,35 Münster: Privatdozent Dr. Heinermann: Einführung in die spanische Sprache.
19,35—19,55 Köln: W. Ihlenburg: Naturwissenschaftliche Plaudereien (1). „Das Wasser in Natur und Menschenleben."
20,05 Köln: Uebertragung des 5. Oeffentlichen Konzerts des Orchesters des Westdeutschen Rundfunks aus dem Gürzenich, Köln, Leitung: Dr. Wilhelm Buschkötter. Solist: Jan Kiepura (Tenor).
Anschließend Köln: Letzte Meldungen, Sportbericht.
Anschließend Funkwerbung: Mitteilungen aus der Geschäftswelt.
Anschließend bis 24,00: Konzertübertragung aus dem Handelshof Essen. Kapelle: Farkas Miska.

Verantwortlich: Christl Bäumler, Lünen i. W.

Geschäftliches.

Die Firma Emil Mosch, Kamen, (Lünen, Langestraße 71), auf deren Anzeige in heutiger Nummer besonders aufmerksam gemacht sei, weist darauf hin, daß die Erzeugnisse der D. K. W.-Motorräder-Fabrik jetzt schon für ca. 6 Wochen ausverkauft sind. Es empfiehlt sich daher für Interessenten dieser bekannten und bewährten Marke, sich rechtzeitig die Lieferung eines solchen Rades zu sichern.

Wetterbericht der Wetterwarte Essen

vom 6. März 1928.

Das Hochdruckgebiet über Osteuropa hat sich zurückgezogen. Ein flaches Teiltief ist nach der Nordsee vorgedrungen, auch im Westen Großbritanniens naht vom Ozean ein Tiefdruckgebiet heran. Das Hochdruckgebiet bei Island hat sich südwärts ausgebreitet. In Deutschland war es heute früh trocken, im Westen teilweise bewölkt und neblig, sonst heiter. Die Morgentemperaturen lagen zwischen minus 2 und plus 4 Grad. Der Kahle Asten meldet schwachen Südostwind, wolkiges Wetter und 3 Grad Wärme.

Aussichten bis Donnerstag: Wechselnde Bewölkung ohne erhebliche Regenfälle und fortgesetzt mild.

Heute morgen 9 Uhr verschied sanft nach langem, schweren Leiden mein innigstgeliebter Sohn, unser guter Bruder, Schwager, Onkel, Neffe und Enkel, der

Sattlergehilfe

Friedrich Schulte

im Alter von 21 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Lünen, Derne, Dortmund und Duisburg, den 6. März 1928.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. März, nachmittags 3½ Uhr, vom Sterbehause, Marktstr. 6, aus statt. 0455

Verpachtungs-Anzeige.

Herr Alfred Potthoff, hier, läßt am Freitag, den 9. März, nachmittags 4 Uhr anfangend, die an der Graf Adolfstr., der Seseke und Lippe belegenen Wiesen- und Weideparzellen zur Gesamtgröße von ca. 9 Morgen öffentlich meistbietend, im ganzen oder geteilt, bei sofortigem Antritt auf 3 Jahre zur Verpachtung aussetzen.

Lünen, den 2. März 1928.

Franz Goormann.

382

Fernsprecher Nr. 407

Autofahrten

Tag und Nacht

Elegante Limousine, neuzeitlich ausgestattet, mit allen Bequemlichkeiten. Enorm billige Preise, schnellste Bedienung

E. Hartmann, Münsterstraße 33.

Infolge des großen Anklanges und auf vielseitigen Wunsch gebe nochm. vom 1. März bis 1. April zu jedem Dutzend Postkarten von 9 Mark an eine 18x24 cm

Vergrößerung gratis

(Beachten Sie bitte meine Ausstellungen.)

Postkarten in schwarz Dtz. von 5 M. an.
Postkarten in braun Dtz. von 7 Mark an.

Sonntags von 10 bis 4 Uhr geöffnet.

Atelier „Heta", Langestr. 79.

Städt. Bühnen Dortmund

Stadttheater

Donnerstag, den 8. März, abends 19¼—22¼ Uhr. Preise 1

Samson und Delila

Burgwalltheater

Donnerstag, den 8. März, abends 20—22 Uhr. Preise 3

Meisterboxer

---

4 Zimmer-Wohnung

Altbau oder Neubau zu sofort gesucht.

Schriftl. Angebote unter Nr. 0290 an die Geschäftsstelle ds. Zeitung.

Bestellen Sie



portofrei ins Haus:

Ca. 9 Pfd Kugelkäse, 2 Köpfe, Edamerform	4.85
Ca. 9 Pfd. Tafelkäse, 2 Stück	4.85
Feinster Harzer Käse, 2 Kisten 120 Stück	4.20
9 Pfd. Tafelmargarine Weidelob	5.85
10 Pfd.-Eimer Pflaumenmus	4.95
10 Pfd.-Eimer Kunsthonig	4.50
Westphals Kaffee-Ersatz-Mischung, Dose 5½ Pfd. Inhalt	6.60
1 Liter-Dose Bismarckheringe	
1 Liter-Dose Heringe in Gelee	
1 Liter-Dose Rollmops	
1 Liter-Dose Bratheringe	
zusammen	4.80

Gustav Westphal
Altona 638 Hamburg.

Kabarett „Bunte Bühne"

Direktion: Anton Bielefeld

Heute Mittwoch, den 7. März, ab 8 Uhr abends

grosse Vorstellung

mit vollständig neuem Programm.

Es ladet freundlichst ein:

Die Direktion.

Eintritt frei.

❖

Klavierstimmer

kommt wieder nach Lünen. Bestellungen erbitte an die Lüner Zeitung. — Praktisch gelernter Klavierbauer. 0386

Fritz Jürgens,
Ia. Fachmann.

Technikum Lemgo Ingenieurschule

Maschinenbau, Eisenhochbau, Elektrot., Betriebstechnik, Hochbau, Tiefbau, Eisenbetonbau, Architektur

Programme durch das Sekretariat

Bei Grippe

Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Bronchialkatarrh, Asthma, Auswurf trinke man nur Tee „OPSI" 90

Schwanen-Drog. Gelfuss,
Neben dem Rathaus

Die aufgehobene Verlobung des Bergmanns Herrn Otto Stralkowski mit Frl. Anne Häkel beruht auf einem Irrtum. Die Anzeige ist fälschlicherweise aufgegeben uud gehe ich gegen die Urheber gerichtlich vor.

0457 **Wwe. Häkel.**

Geschenk-Artikel

Galanteriewaren, Unterhaltungsspiele für Jung und Alt, Klassiker, Literatur- und Kunstbücher, Romane, Erzählungen, Märchen- und Bilderbücher, Jugendschriften, Kochbücher, Schreibutensilien, Briefpapier, lose, in Blocks und in eleganten Kassetten, Notizbücher, Visitenkarten, Vasen, Bilder und Rahmen, Reißzeuge, Näh- und Handarbeitskasten, Schreibgarnituren in Holz, Glas, Kunststein und Marmor, Zigarren-Etuis, Damen- und Herren-Portemonnaies, Leder-Brieftaschen und Schreibmappen, Necessaires, Poesie-, Postkarten- und Amateuralben, Tagebücher, Gesang- und Gebetbücher, Soennecken Füllfederhalter usw.

Bongers Buchhandlung, Lünen a. d. L.
Langestraße Nr. 21/23, Fernsprecher 188.

Ruf Nr. 689

Autofahrten

zu jeder Tages- und Nachtzeit bei billigster Berechnung.

Paul Horn, Lünen
Horstmarerstr. 41, in Nähe Wirtschaft Schwenke.

Eltern
laßt Eure Söhne Techniker werden.

Architektur, Bauingenieurwesen, Elektrotechn., Maschinenbau, Betriebstechnik und Ingenieur-Handelswissenschaft, Kraftfahrzeugbau, Flugtechnik 1 Jahr Praxis. Sem.-Beginn Mitte April und Oktober O II-Reife. Aufklärungsschriften und Lehrpläne durch das Sekretariat 1158

Hindenburg-Polytechnikum Oldenburg 49 i. O.
Städtische Ingenieur-Akademie.

Peine's Brot

ist altbewährt in neuer Packung sehr begehrt.

Brot und Gebäck täglich frisch in den Verkaufsstellen:

Bäckerstr., Bebelstr., Münsterstr.

Brotfabrik u. Konditorei Lorenz Peine Brotfabrik u. Konditorei

---

Eine tüchtige 1398

Verkäuferin

gesucht.

Möbel- und Waren-Kredit-Haus
H. Kemper, Lünen, Langestr. 68.

Neue Anträge zur Erhöhung der Grubensicherheit

Von Landtagsabg. Otter, Bochum.

Das Seilfahrtsunglück auf Zeche „Ewald-Fortsetzung" hat die Frage der Grubensicherheit wieder in den Vordergrund der Erörterungen gestellt. In diesem Zusammenhang sind folgende soeben vom Hauptausschuß des Preußischen Landtages angenommene Anträge zur Erhöhung der Grubensicherheit von besonderem Interesse. Es sind zum Teil Anträge darunter, die bereits früher schon einmal im Landtage Annahme fanden. Wir erwarten, daß diese Beschlüsse nun endlich durchgeführt werden.

1. Das Staatsministerium wird ersucht, einen Gesetzentwurf zur Aenderung des § 88 ABG vorzulegen mit dem Inhalt, daß die Kündigung und Entlassung von Aufsichtspersonen und Fördermaschinisten nur nach vorheriger Zustimmung des Arbeitsgerichtes vorgenommen werden darf. Die Zustimmung zur Kündigung und Entlassung ist insbesondere dann zu verweigern, wenn der Kündigungsgrund mittelbar oder unmittelbar in Zusammenhang steht mit der Innehaltung der Bergpolizeivorschriften.

Der § 88 ABG behandelt bekanntlich die Kündigungsvorschriften der Aufsichtspersonen. Dieser Antrag erfordert also einen erhöhten Kündigungs- und Entlassungsschutz, desgleichen der nächste Antrag.

2. Das Staatsministerium wird ersucht, im Wege der Gesetzgebung für die mit der Auffahrt betrauten und verantwortlichen Grubenaufsichtspersonen einen verstärkten Kündigungs- und Entlassungsschutz zu schaffen, damit dieselben ihrer Verantwortung und ihren Pflichten bei Befolgung der bergpolizeilichen Vorschriften auch nachkommen können.

3. Das Staatsministerium wird ersucht, einen Gesetzentwurf zur Aenderung des § 76 Abs. 2 ABG vorzulegen in der Form, daß die dort genannten Personen die alleinige Verantwortung tragen, wenn sie ohne Wissen oder trotz gegenteiliger Auffassung der für den Betrieb unmittelbar verantwortlichen Aufsichtspersonen in den Betrieb eingreifen.

4. Das Staatsministerium wird ersucht, eine Anordnung zu treffen, wonach bei Feststellung drohender Grubengefahren durch Grubenkontrolleure und Bergrevierinspektoren dieselben das Recht haben, Anordnungen zu treffen, die auf die Beseitigung der Gefahren hinzielen. Unverständlicherweise steht den Bergrevierinspektoren und Grubenkontrolleuren bisher nicht das Recht zu, Anordnungen zur Beseitigung drohender Gefahren zu treffen. Hoffentlich wird hier baldigst Abhilfe geschaffen.

In den folgenden Anträgen

wird das Staatsministerium ersucht:

5. die Durchführung des Landtagsbeschlusses vom 3. und 4. März 1927, betreffend das Recht der Steiger, die Gedinge innerhalb ihres Tätigkeitsgebietes festzusetzen, vorzunehmen;

6. den Landtagsbeschluß vom Juni 1925, betreffend die Abgrenzung des Geschäftskreises der einzelnen Aufsichtspersonen, insbesondere der Fahrsteiger, durchzuführen;

7. den bereits mehrfach vom Landtag angenommenen Anträgen „auf Abschaffung der Revierprämien" endlich nachzukommen;

8. vierteljährlich festzustellen und in der Zeitschrift „Grubensicherheit" zu veröffentlichen: „Die Zahl der Krankfeiertage, die die Bergarbeiter infolge erlittener Unfälle feiern mußten";

9. alsbald eine Studienkommission einzusetzen, um die Frage der Stein- und Kohlenfallursachen zu untersuchen. Diese Kommission hat insbesondere auch diese Frage in den wichtigsten ausländischen Bergbaugebieten an Ort und Stelle zu prüfen und hierbei auch die Frage „des Gedinges und der Aufsicht" zu studieren;

10. auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Steinstaublungenkrankheit bei den Bergarbeitern als entschädigungspflichtige Berufskrankheit anerkannt wird;

11. die Zahl der Grubenkontrolleure um 15 zu vermehren und die Mittel dafür bereitzustellen.

Kunst und Wissenschaft.

Ein „Doktor der Kulturwissenschaften" für Volksschullehrer.

Vom sächsischen Volksbildungsministerium wurde der Technischen Hochschule in Dresden anläßlich der Rektoratübergabe ein neues Promotionsrecht verliehen, und zwar der Doktor der Kulturwissenschaften. Der neugeschaffene Doktortitel soll vornehmlich für die an der Technischen Hochschule studierenden Volksschullehrer in Betracht kommen. Damit ist in Sachsen die elfte Art eines Doktors geschaffen, nachdem es bis vor zwei Jahrzehnten nur vier Arten von Doktortiteln gab. Gemäß den an den anderen Abteilungen der Technischen Hochschule bestehenden Gepflogenheiten, wonach die Promotion erst nach bestandenem Diplom-Examen erfolgen kann, darf auch der Doktor der Kulturwissenschaften erst nach Ablegung der Staatsprüfung für das Volksschullehramt und nicht vor einem Studium von acht Semestern erworben werden. Als mögliche Fächer der schriftlichen Doktorarbeit gelten die sogenannten Kernfächer für die Staatsprüfung der Volksschullehrer: Philosophie, Psychologie und Pädagogik.

◆

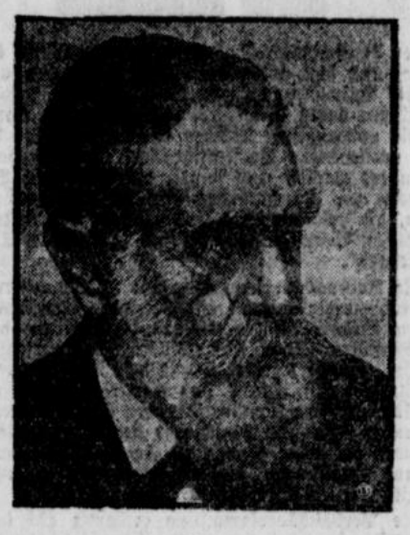
Ein Beitrag zur Entwicklungslehre

Der Kurator des Naturgeschichtlichen Museums der Universität Illinois, Dr. Frank C. Baker, macht interessante Mitteilungen über den Einfluß, den eine Aenderung der Lebensbedingungen in verhältnismäßig kurzer Zeit auf die Entwicklung von Fischen und anderen Wasserbewohnern ausübt. Durch Abdämmung eines Flusses in Wisconsin hatte man einen künstlichen See geschaffen in einem Gebiet, das vorher zahlreiche kleinere Flüsse und Bäche durchflossen hatten. Es gab in diesen Wasserläufen ungewöhnlich viele Fische der verschiedensten Arten, die natürlich alle charakteristischen Eigenschaften der in fließendem Wasser lebenden Fischsorten aufwiesen. Als ihre bisherigen Wohnsitze nun zum See wurden, starb eine Anzahl der Fischarten aus, während andere sich die Wasserläufe hinauf zurückzogen. Die Abkömmlinge der letzteren bewahrten alle Eigenschaften der Stammeltern. Bei den Nachkommen derer aber, die in dem neugeschaffenen See verblieben und sich in ihren Lebensgewohnheiten der neuen Umgebung anpaßten, traten im Laufe von etwa 60 Jahren ausgesprochene Veränderungen auf. Vor allem das Aeußere nahm eine ganz andere Form an: die Fische wurden kürzer und dicker, während bei Wasserschnecken die Gehäuse weitere und lockere Windungen bekamen.

Das Deutsche Museum in München

Wir haben in Deutschland eine ganze Reihe ausgezeichneter Museen, die ihren Zweck, der Bildung zu dienen und Anschauungsmaterial demjenigen zu vermitteln, der daraus Belehrung und Förderung seiner künstlerischen oder wissenschaftlichen Tätigkeit schöpfen will, ausgezeichnet erfüllen.

Das Deutsche Museum in München dient aber einem ganz anderen Ideal, das schon erkennbar wird, wenn man seinen ganz offiziellen Namen liest: „Deutsches Museum von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik." Das läßt schon durchblicken, daß neben all den Museen, die den bildenden Künsten oder der Erkennt-



Oskar von Miller, der Begründer des Deutschen Museums.

nis vergangener Zeiten gewidmet sind, ein neues entstanden ist, das ein Gebiet für sich in Anspruch nimmt, das wirklich stark vernachlässigt war und bisher kaum oder gar nicht in Erscheinung trat: Das so ungeheuer große, wichtige, für die Entwicklung der Menschheit und ihrer Bildung und Kunst unentbehrliche Gebiet der Technik und der technischen Wissenschaften.

Und hier setzt das Deutsche Museum gemäß dem Willen seines Anregers und Begründers ein. Es will alles das zeigen, was der erfinderische Geist des Menschen in Jahrhunderten geschaffen hat, nicht nur Anfang und Ende, sondern jedes dazwischenliegende mühevolle Stadium einer bald rascheren, bald langsameren Entwicklung, einer unablässigen Tätigkeit zur Schaffung immer besserer, immer vollkommenerer Maschinen und Geräte. In historisch getreuer Darstellung zeigt es die Stufen der Herausarbeitung und Höherführung jedes Berufes, jeder Technik, unter Vorzeigung der interessanten und geschichtlich erwähnenswertesten Modelle, die in naturgetreuer Abbildung zur Aufstellung gelangen, sofern nicht das Original selbst zur Stelle ist.

In ausführlichen Darstellungen zeigt das Museum alle Berufsgruppen, nicht in trockener, lehrhafter Weise, sondern in plastischen, leicht zu begreifenden Formen, die innerlich verbindend von Stufe zu Stufe fortführen und nicht nur dem Fachmann, sondern auch jedem Laien eine Fülle von Kenntnissen und Anregungen vermitteln. Der Aufbau des Museums ist so erfolgt, daß man vom Betreten bis zum Ausgang zwangsweise einer bestimmten Führungslinie folgen muß, die durch alle Räume führt: rein physisch bedeutet dies für den Besucher schon eine Leistung, denn diese Besuchslinie ist nicht weniger als 16 Kilometer lang und beansprucht also selbst bei flüchtigem Durchschreiten etwa drei bis vier Stunden.

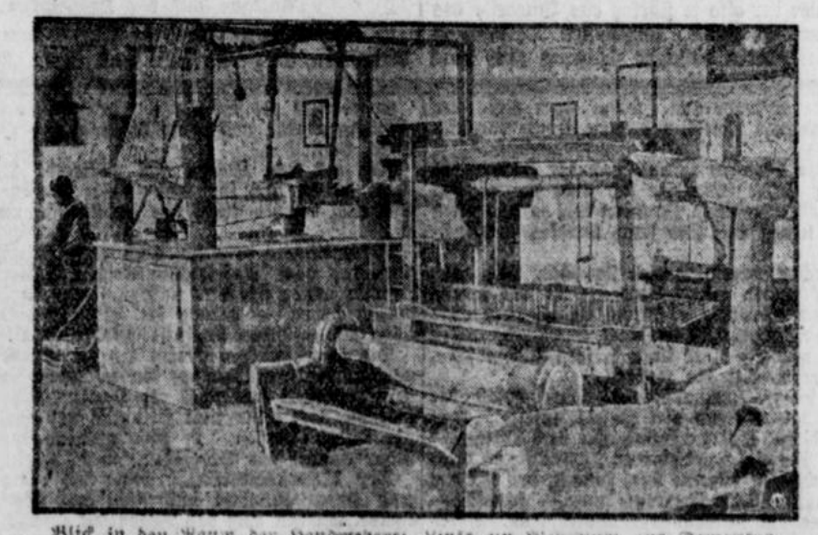
Das Deutsche Museum ist nicht das Werk einer Körperschaft oder eines Staates, sondern es ist tatsächlich durch die Energie eines Mannes geschaffen worden, der Jahre seines Lebens an die Verwirklichung seiner Idee setzte. Oskar von Müller entstammte einer alten Münchener Familie. Am 7. Mai 1855 geboren, wandte er sich dem Studium der Ingenieurwissenschaften zu und betätigte sich neben dem Straßen- und Brückenbau frühzeitig in der Elektrotechnik. Er organisierte die erste deutsche elektrische Ausstellung in München 1882, erbaute mehrere Kraftzentralen, darunter das bekannte Walchenseekraftwerk, und schuf — eine unvergängliche Ruhmestat — —das Deutsche Museum. Am 5. Mai 1903 legte er einem kleinen Kreise von Gelehrten und Technikern seinen Plan vor, ein Museum zu schaffen, das eine lebendige Geschichte des Forschungs- und Erfindungsgeistes aller Zeiten und Völker sein sollte. Georg Krauß, der Altmeister des Lokomotivbaues, stiftete die ersten hunderttausend Mark dazu — und nun schritt das Werk durch alle Fährlichkeiten bis zu seiner Vollendung. Am 13. November 1906 konnte auf der Kohleninsel in München, dem von der Stadt zur Verfügung gestellten Gelände, der Grundstein gelegt werden zu einem stolzen Bau, dessen Fertigstellung sich durch



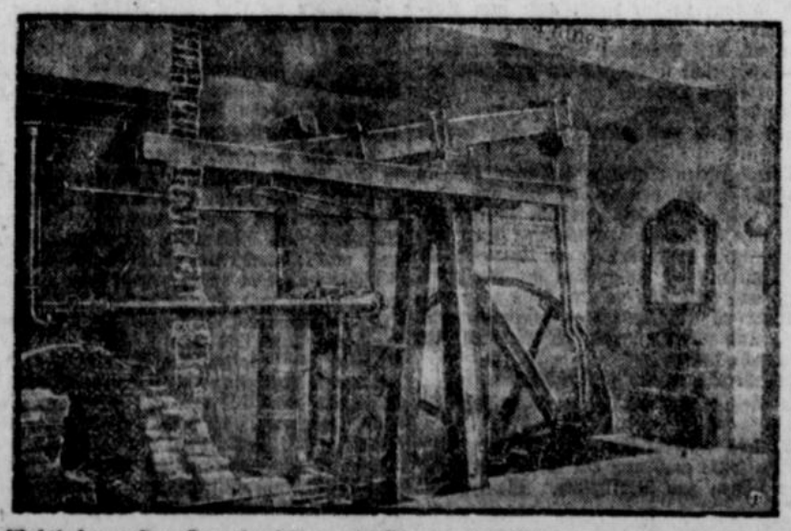
Das Deutsche Museum in München (Gesamtansicht).

den Krieg allerdings verzögerte. Erst 1925 konnte er eingeweiht werden, doch fehlen auch heute noch wesentliche Teile zu seiner Vollendung, so die Räume für die Bibliothek und die Plansammlung. Die Bibliothek wird neben der technischen Literatur die wichtigsten Originalwerke der Naturwissenschaft und der Technik enthalten, eine Urkundensammlung, Briefe, Autographien und Porträts; die Plansammlung soll historisch interessante Handskizzen von Forschern und Technikern sammeln, sowie die Originalpläne von Maschinenanlagen und Apparaten, damit sowohl dem einfachen Mann wie dem Gelehrten Gelegenheit zum Studium der verschiedenen Gebiete gegeben ist. Der jetzt bestehende Bau überdeckt eine nahezu quadratische Fläche von ungefähr 100 Meter Seitenlänge; der Turm ist 64 Meter hoch.

Wir haben also allen Grund, auf unser „Deutsches Museum" stolz zu sein. Es ist eine kulturelle Großtat, die trotz der schweren Kriegs- und Nachkriegsjahre allen Hindernissen zum Trotz geschaffen wurde und die einzig in der Welt dasteht. Welche Bedeutung ihm von den anderen Nationen beigemessen wird, zeigt die Tatsache, daß ähnliche Pläne auch in anderen Staaten jetzt aufgetaucht sind, und daß der Begründer, Oskar von Müller, bereits Anträge erhalten hat, seine Erfahrungen in den Dienst dieser Staaten zur Errichtung ähnlicher Museen zu stellen.



Blick in den Raum der Handweberei. Links ein Webstuhl aus Damaskus.



Modell der ersten Dampfmaschine mit Sonnen- und Planetengetriebe von Watt (1788).

Beileidskundgebung der französischen Bergarbeiter für Erkenschwick

Der Generalsekretär des Französischen Bergarbeiterverbandes, Bigne, übermittelte dem Deutschen Bergarbeiterverband folgendes Telegramm

„Wir erfahren mit unsagbarer Trauer von dem Grubenunglück im Ruhrbergbau, bei dem mehr als 10 Kameraden den Tod gefunden haben. Den Grubenkatastrophen von Merlebach und Dortmund sich anschließend, hat dieses Unglück die Zahl der unglücklichen, trauernden Familien noch erhöht. Im Namen unseres Verbandes und der gesamten französischen Bergarbeiterschaft sprechen wir Ihnen unser herzlichstes Beileid aus und bitten Sie, dieses auch den in Trauer zurückgebliebenen Hinterbliebenen zu übermitteln.

Mit dem Ausdruck brüderlicher Solidarität und aufrichtigem Mitempfinden

Bigne,
Generalsekretär des Franz. Bergarbeiterverbandes.

Kammergerichtsentscheide in Mieterschutzsachen

h Den Antrag, die Zustimmung des Vermieters zum Wohnungstausch zu ersetzen (Paragraph 8 des Wohnungsmangelgesetzes, kann, auch wenn mehrere Personen gemeinschaftlich Mieter der Tauschwohnungen sind, jeder der Mieter für sich allein stellen. (28. Januar 1928; 17. Y. 83-27.)

Die Zustimmung des Vermieters zum Wohnungstausch kann das Mieteinigungsamt nicht ersetzen (Paragraph 8 des Wohnunnsmangelgesetzes), wenn der Mieter sich dem Vermieter gegenüber zur sofortigen Räumung verpflichtet und gleichzeitig oder nachträglich mit ihm vereinbart hat, daß er die Wohnung tauschen dürfe. (23. Januar 1928; 17. Y. 98-27.)

Gegen den Willen des Verfügungsberechtigten dürfen nach Paragraph 8 des Wohnungsmangelgesetzes und nach dem Berliner Wohnungsnotrecht von der Inanspruchnahme einer Wohnung einzelne Räume, die räumlich oder ortsüblich zu der Wohnung gehören, nicht ausgenommen werden. (23. Januar 1928; 17. Y. 90-27.)

Das Mieteinigungsamt kann die Ersetzung der Erlaubnis des Vermieters zur Untermietung (Paragraph 29 des Mieterschutzgesetzes) nicht deshalb versagen, weil der Mieter Zahlung eines besonderen Entgelts für die erhöhte Abnutzung der Räume und die erhöhten Betriebskosten ablehnt (23. Jan. 1928; 17. Y. 91-27.)

Der Rechtsentscheid vom 12. Juni 1924 (17. Y. 12-24), wonach der Antrag auf Entscheidung über die Höhe der Friedensmiete gemäß Paragraph 2 des Reichsmietengesetzes nicht dadurch ausgeschlossen ist, daß sich die Parteien vorher über die Höhe der Friedensmiete vor dem Mieteinigungsamt oder anderweit verglichen haben, wird aufrecht erhalten (23. Januar 1928; 17. Y. 3-28.)

Schützt die Weidenkätzchen!

Noch sind Bäume und Sträucher unbelaubt; nur die ersten Frühlingsblüher, Primeln, Buschwindröschen, Feigwurz und Lerchensporn schmücken den Boden und lassen das Erwachen des Pflanzenlebens erraten. Da lockt schon von weitem ein Strauch durch seine gelbe Farbe. Eine Weide ist es am Seeufer, die zusammen mit Haselnuß als erster Strauch aus der Winterruhe erwacht ist. Wer vermag sich der wunderbaren Schönheit eines solchen Bildes zu entziehen? Und so ist der Wunsch zu verstehen, ein paar Zweige von dem schönen Strauch als Frühlingszeichen mitzunehmen in die Stadt, wo der Alltag wartet.

Das hat aber in der Nähe der Großstadt seine Bedenken. Nicht jeder begnügt sich mit ein paar Zweiglein, und manch einem sind gar die Weidensträucher ein bequemes Mittel zum Gelderwerb. In rohester Weise werden die Sträucher ihrer Zweige beraubt und oft derartig zugerichtet, daß es wahrhaftig keine Freude mehr ist, sie anzuschauen. Lediglich die Büsche, die zu tief im Wasser stehen, bleiben von der Verwüstung verschont. So kommt es, daß zum Schutze der Weidenkätzchen besondere Polizeiverordnungen nötig geworden sind. In Berlin, den Regierungsbezirken Schleswig, Kassel, Liegnitz, Osnabrück, Düsseldorf, in Waldeck und in einigen süddeutschen Gebieten ist es verboten, Weidenkätzchen ohne die Erlaubnis des Eigentümers von den Sträuchern abzuschneiden. Aber auch da, wo keine Polizeiverordnungen vorliegen, sollte sich jeder beim Mitnehmen von Weidenkätzchen nach Möglichkeit beschränken. Ein schöner Busch im Freien kann Tausende erfreuen, ein schöner Strauß im Zimmer kommt nur wenigen zugute.

Den Weidensträuchern kommt auch für die Imkerei eine hohe Bedeutung zu, stellen sie doch die ersten Wirtspflanzen für die Bienenvölker dar. Die gelben Pollenblüten enthalten reichlich Honig und sind bei schönem Wetter von zahlreichen Bienen und Hummeln besucht. Dabei beladen sich die Besucher mit dem gelben Blütenstaub, den sie an den weiblichen Blüten wieder abstreifen. Die weiblichen Blüten — die sich auf anderen Sträuchern entwickeln — enthalten ebenfalls Honig, sie sind jedoch wesentlich unscheinbarer. Deshalb werden sie übrigens von den Verwüstungen durch Menschen noch einigermaßen verschont, so daß es an viel begangenen Wegen auch im Sommer noch möglich ist, an dem Grade der Verkrüppelung männliche und weibliche Sträucher zu unterscheiden.

Das Schneeglöckchen als Wetterprophet und Heilmittel

h. Die ersten milden Vorfrühlingstage haben schon im Februar die Schneeglöckchen hervorgelockt. Aus ihrer Blütezeit verkündet der Volksglaube die Witterung des kommenden Sommers: denn wenn die Schneeglöckchen nur kurz blühen, soll der Sommer kurz und regnerisch werden, wogegen er, wenn sich die Blüte einige Wochen hinzieht, lang und warm wird. Der liebliche Frühlingsbote wurde in früherer Zeit sogar in der Heilkunde verwendet, indem man den in den Blüten enthaltenen Saft herausdestillierte, und ihn dann, verdünnt, gegen Augenleiden gebrauchte, während ein Abfud getrockneter Schneeglöckchenblüten in Märzenschneewasser als „Schönheitswasser" zur Hautpflege verwendet wurde. Am wirksamsten galten hierbei die geschlossenen Blüten, und in dieser Hinsicht stellt das Schneeglöckchen tatsächlich eine Ausnahmeblüte dar. Denn während fast alle anderen herabhängenden, sogenannten nickenden Blüten, in der Natur sich weder des Abends noch bei trüber Witterung schließen, legt das Schneeglöckchen allabendlich, wie auch bei kaltem, schlechtem Wetter, seine Blätter zusammen, ein Vorgang, den man gut beobachten kann, wenn man Schneeglöckchen aus dem warmen Zimmer ins Freie bringt.

Gautag des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes im Gau Niederrhein-Westfalen am 1. April in Dortmund.

In der soeben erschienenen Märznummer des „Kaufmannsgehilfen" veröffentlicht der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband die Tagesordnung für seinen am 1. April ds. Js. stattfindenden Gautag in Dortmund.

Gleichzeitig wird der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1927 veröffentlicht, der in mehrfacher Hinsicht außerordentlich interessant ist. Der Rechenschaftsbericht stellt zunächst fest, daß die wirtschaftliche Lage im Jahre 1927 in einer ganzen Anzahl von Wirtschaftszweigen zu einer wesentlichen Besserung, wenn nicht zu einer Hochkonjunktur führte. Jedoch hat die Tatsache, daß der Arbeitsmarkt für Kaufmannsgehilfen noch immer unter dem starken Druck der stellenlosen älteren Berufskollegen steht und daß man bei Neueinstellungen jüngere Angestellte, an die man freilich Höchstanforderungen stellt, bevorzugt, die wünschenswerte Erreichung höherer Tarife eingeschränkt.

Die Tarifvertragsarbeit hat sich in 21 Reichs-, Landes- bezw. Bezirkstarifverträgen, 12 Ortstarifverträgen, 42 Fachtarifverträgen und 10 Hausbezw. Firmentarifverträgen ausgewirkt und erbrachte eine durchschnittliche prozentuale Steigerung der Gehaltstarife im Laufe des vergangenen Jahres um durchschnittlich 6—7 Proz. — Außerdem spielten die Arbeitszeitfragen und das Ueberstundenwesen eine Rolle. Es kann festgestellt werden, daß auf Grund des Arbeitszeitnotgesetzes ein allmähliches Zurückdrängen des Ueberstundenmißbrauches möglich war. Es dürfte interessieren, daß im Bericht festgestellt wird: ein bequemes Sich-Verlassen auf die amtlichen Schlichtungsorgane sei einer Fortentwicklung der Tarifvertragsarbeit ungünstig. Freie Verträge sind vorzuziehen, wenn nötig, ist der Arbeitskampf einer Stagnation vorzuziehen.

Aus der Fachgruppe Eisen und Stahl wird der Neuabschluß des Rahmenvertrages und des Gehaltsabkommens mit Wirkung vom 1. Juni 1927 berichtet, der die Arbeitszeitfragen regelte und die Gehaltssätze um durchschnittlich 5,8 Proz. erhöhte.

In der sozialpolitischen Arbeit ist hervorzuheben, daß man mit der Verteilung der Beisitzer für die Angestelltenkammern der Arbeitsgerichte, die durch behördliche Entscheidung erfolgte, in keiner Weise zufrieden ist. Der Ausgang der Angestelltenversicherungswahlen, der dem D. H. V. im Gaugebiet 183 Vertrauensmänner, 279 Ersatzmänner und 31 582 Stimmen brachte und somit seine Ueberlegenheit vor allen Dingen den freigewerkschaftlichen Verbänden gegenüber eindeutig erwies, dürfte mit Recht vom D. H. V. als ein Beweis für die falsche Verteilung der Arbeitsrichter herangezogen werden.

Erwähnt sei noch, daß die Rechtsschutzarbeit 126 gerichtliche Vergleiche, 92 obsiegende gerichtliche Urteile, 4545 mündliche und 356 schriftliche Rechtsauskünfte brachte. An barer Summe wurden RM. 76 743,30 zu Gunsten von geschädigten Arbeitnehmern erstritten.

Des weiteren wird eingehend über die Stellenvermittlung und die Bildungsarbeit auf den verschiedensten Gebieten berichtet. Erwähnt sei nur, daß im Berichtsjahr 1927 401 Vortragsveranstaltungen, 158 gesellige Veranstaltungen mit 30 372 Personen, 76 Sondervereinigungen kulturpolitischer und sportlicher Art mit 1209 Mitgliedern gezählt wurden und daß im Rahmen der Berufsbildungsarbeit 115 Lehrgänge mit 1288 Gehilfen und 733 Lehrlingen stattfanden.

Die Mitgliederbewegung gibt den deutlichsten Ausdruck für das Fortschreiten der Bewegung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Der Verband ist vom 1. 1. 27—1. 1. 28 von 24 785 Gehilfen und Lehrlingen um 2795 auf 27 580 Gehilfen und Lehrlingen angewachsen, sodaß der Gauvorstand wohl mit Recht über seinen Bericht die Ueberschrift setzen durfte „1927 — ein Jahr des Erfolges."

Tagung der Verbandsversammlung des Ruhrsiedlungsverbandes

Schutz der Wälder / Für einen Bezirkstarif der Reichsbahn
Gegen Teilung des Verbandsgebietes

Die Vollversammlung des Ruhrsiedlungsverbandes im Kruppsaal in Essen wurde am Freitag voriger Woche vom Verbandspräsidenten Happ mit einer Ansprache eröffnet. Er wies darin u. a. auf die Bedeutung des Ruhrtales als Erholungsstätte für das Industriegebiet hin. Die Ausgestaltung des Ruhrtals nach den Wünschen der Bevölkerung sei nur möglich, wenn das ganze Ruhrtal als einheitliches Ganzes beim Ruhrsiedlungsverbande bleibe. Im Hinblick auf

die jetzt schwebenden Umgemeindungspläne

fühle er sich verpflichtet, das hervorzuheben. Ebenso gebe er dem Wunsche Ausdruck, daß die beabsichtigten Maßnahmen bald durchgeführt werden, um die bei jeder Umgemeindung entfachte Leidenschaft so schnell wie möglich wieder abebben und die im Interesse des Gebiets erhoffte Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung möglichst rasch in die Erscheinung treten zu lassen.

Nach Erledigung einer Anzahl geschäftlicher Angelegenheiten (Ersatzwahlen, Rechnungsabnahme usw.) erstattete der Verbandsdirektor Dr. Schmidt

den Tätigkeitsbericht.

Seine Ausführungen nehmen Bezug auf den Verwaltungsbericht. Er sprach in kurzen Zügen von dem Ausbau der Verbandsstraße, der entsprechend den vorjährigen Haushaltsplänen durchgeführt wurde, von der Verkehrszählung, der einheitlichen Richtungsbezeichnung, den Fluchtlinienplänen für die Rheinisch-Westfälische Schnellbahn, von den Plänen für elektrische Ueberlandbahnen, der Vereinheitlichung des Straßenbahnwesens, zu deren Vorbereitung eine Studiengesellschaft eingesetzt werden soll, der Bekämpfung der Rauchbelästigung und -schäden. Zur Frage der Erhaltung der Wälder des Verbandsgebietes führte Dr. Schmidt aus, daß vom Landtage Zinsverbilligungszuschüsse für die Sicherung der Wälder bewilligt worden seien, die leider viel zu gering seien.

Zur Neuorientierung des Bezirks

führte er aus: „Hier im Ruhrbezirk hat die Götterdämmerung der Landkreise begonnen. Ich sehe die Lösung in einem Kreis, welcher auf die besondere Eigenart des Kreises in Form der Industrialisierung Rücksicht nimmt. Die Neugestaltung des Landkreises Mörs ist als ein hochbedeutsamer Versuch auf dem Gebiete der Verwaltungsreform zu betrachten, der auch von Seiten des Verbandes mit großem Interesse zu verfolgen sein wird. Der Herr Regierungspräsident in Düsseldorf hat mich um gutachtliche Stellungnahme bereits ersucht. Im allgemeinen wird der Verband in allen diesen Fragen an dem Standpunkt des Verbandsausschusses festhalten müssen, das im Verbandsgebiet und zwar im inneren Stadtkreise, im übrigen Teile Landkreise geschaffen werden, die leistungsstark sind und den Schwankungen der Konjunktur gegenüber widerstandsfähig bleiben. Es muß eine Regelung getroffen werden, die für absehbarer Zeit, für etwa drei Jahrzehnte, Ruhe schafft."

Der Verbandsdirektor ging sodann zu dem Haushaltsplan des Verbandes für 1928 über. Eine lebhafte Diskussion entspann sich über die Frage der Gehälter der oberen Beamten des Verbandes. Der Vorschlag der SPD, die Festsetzung dieser Gehälter durch die Verbandsversammlung vornehmen zu lassen, — bisher richteten sie sich automatisch nach den Gehältern der oberen Kommunalbeamten, Oberbürgermeister, Beigeordneten usw. — fand keine Annahme.

Einen breiten Raum in der Generaldebatte nahm das Gutachten ein, das s. Z. Verbandsdirektor Dr. Schmidt für die Stadt Solingen erstattete. Dr. Schmidt erwiderte sarkastisch, wenn er seine freie Zeit zu dieser nebenamtlichen Tätigkeit nicht ausgenutzt hätte, wäre der Staat um einen Steuerbetrag von 8000 RM gekommen. Die Versammlung nahm darauf

folgende Entschließungen

an:

„Der Verbandsdirektor wird beauftragt, im Einvernehmen mit den wissenschaftlichen Verbänden und den für die Entwässerung von Waldbeständen zuständigen Gemeinden dahin zu wirken, daß schädigende Wirkungen für die vorhandenen Wälder durch rechtzeitige Beseitigung entstehender Vorflutstörungen im Bergbaugebiet verhindert werden und soweit die rechtlichen Voraussetzungen zur Durchführung vorbeugender Maßnahmen fehlen, die erforderlichen Ergänzungen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bei der zuständigen Stelle zu beantragen".

„Die Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk nimmt mit Bedauern von dem ablehnenden Bescheid der Reichshauptverwaltung bezüglich der Einführung von Bezirkstarifen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Kenntnis. Die Verbandsversammlung betont erneut, daß derartige Tarife für den Berufs- und Erholungsverkehr des Bezirks unerbittlich notwendig sind und beauftragt den Verbandsdirektor, nochmals bei allen hierfür in Frage kommenden Stellen auf Einführung von Bezirkstarifen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hinzuwirken".

„Die Verbandsversammlung erwartet auf das bestimmteste, daß bei der bevorstehenden kommunalen Neuregelung des Ruhrbezirks das gesamte Ruhrtal von Mühlheim bis zum Landkreise Hamm in seiner ganzen Ausdehnung dem Verbandsgebiete verbleibt bezw. zugeteilt wird. Die Wahl des Ruhrflusses als Grenze würde eine Zerreißung dieses Gebietes bedeuten und erfahrungsgemäß jede weitere planmäßige Erschließung und Sicherung lahmlegen. Der Verbandsdirektor wird beauftragt, diese Entschließung bei den zuständigen Staatsstellen auf das nachdrücklichste zu vertreten."

„Die Versammlung beauftragt den Verbandsausschuß, die Frage der im Interesse des Realkredits außerordentlich wichtigen Schätzung von Grundstückspreisen im Industriegebiet einer Prüfung zu unterziehen und hierbei insbesondere zu klären, inwieweit Schätzungsämter nach Maßnahme des Gesetzes vom 8. Juli 1918 gemeindeweise, gruppenweise oder für das ganze Gebiet einzusetzen sind; hierbei wird auch zu prüfen sein, ob mit Rücksicht auf das hiesige Gebiet unter Umständen die Aenderung einiger Bestimmungen des Gesetzes erforderlich wird".

Gemeinde-Getränkesteuer u. ihre Nachteile.

Vor fast genau einem Jahre wurde vom Reichstag die Besteuerung der Getränke durch die Gemeinden aufgehoben. Durch politischen Kuhhandel wurde von dieser Aufhebung allein Bier ausgenommen. Heute agitiert man für Wiedereinführung resp. wesentliche Erhöhung der Getränkesteuer. Eine wesentlich höhere Besteuerung alkoholischer Getränke soll als ergiebige und gerechte Steuerquelle eingeführt werden. Zur Aufhebung der Steuer im vorigen Jahre veranlaßten den Reichstag besonders folgende Gründe:

Wenn man wirklich einigermaßen genau die Steuern erfassen will, bedarf es für die Gemeinden eines außerordentlich komplizierten und kostspieligen Apparates. Die Gefahr der Steuerhinterziehung ist sehr groß, denn die einzelne Gemeinde ist kein durch Zollschranken abgeschlossenes Gebiet, wie es das Reich ist und daher wird die Kontrolle der Einfuhr von steuerpflichtigen Gegenständen in das Steuergebiet, wenn der gute Wille der Steuerpflichtigen nicht vorhanden ist, fast zur Unmöglichkeit. Die Gefahr massenhafter Hinterziehung wird um so größer, je höher die Steuer ist, also je stärker das Interesse des Steuerpflichtigen an einer ungenauen Deklaration wird. Steuern, deren richtiger Eingang aber nicht genau kontrolliert werden kann, sind ein Verderb für die Steuermoral und eine schwere Schädigung der ehrlichen Steuerzahler. Ein weiterer Grund der Abschaffung waren die verschieden hohen Steuersätze in den verschiedenen Gemeinden. Damit wurde die wirtschaftliche Lage und die Konkurrenzfähigkeit der steuerpflichtigen Betriebe an den Plätzen mit hoher Getränkesteuer wesentlich ungünstiger als an solchen mit niedriger oder gar ohne Getränkesteuer.

Diese rein technischen Gesichtspunkte verdienen heute noch dieselbe Berücksichtigung wie im Jahre 1927. Deshalb ist es unverständlich, daß man trotz dieser schweren Bedenken wieder für die Einführung der Gemeinde-Getränkesteuer agitiert.

Eine wichtige Neuerung bei der Reichsbahn.

Drahtlose Leitung des Rangierbetriebes. — Die Antenne auf der Lokomotive.

Eine wichtige Arbeit im Eisenbahnbetrieb ist das Rangieren, das viel Zeit und große Aufmerksamkeit erfordert. Augenblicklich werden auf den Bahnhöfen Hamm, Erfurt, Saalfeld, Halle und Vankow Versuche angestellt, an den Lokomotivführer des Rangierzuges durch drahtlose Telegraphie und Telephonie akustische Signale des Rangierleiters zu leiten, mit denen man die bisherigen Unvollkommenheiten zu überwinden hofft. Ob sich dieser Rangierfunk bewähren wird, muß allerdings noch abgewartet werden. Die neue Signaleinrichtung besteht darin, daß am Ablaufberge ein Sender aufgestellt wird, von dem aus an den etwa ein Kilometer langen und noch längeren Rangiergleisen Drahtleitungen laufen. Auf der Brust der Rangiermaschine ist eine Rahmenantenne angebracht. Von hier geht die Drahtleitung nach dem Führerstand, in dem sich ein Lautsprecher (Hupe) befindet. Aus diesem Munde vernimmt der Lokomotivführer die Befehle des Rangierleiters in Form von lauten Hupengeräuschen, die dieser, etwa ein Kilometer entfernt, durch Drücken auf eine Signaltaste gibt. Außer in dieser Tast- und Geräuschform kann der Rangierleiter dem Lokomotivführer auch mündlich Anweisungen geben. Man darf gespannt darauf sein, wie diese Versuche verlaufen werden.

Zu Kommunion u. Konfirmation

bringen wir eine hervorragend schöne Auswahl in

Anzügen

verbunden mit vorzüglichen Qualitäten, tadellose Verarbeitung — und wie bei uns bekannt — zu vorteilhaften Preisen.

Kommunikanten-Anzüge
I- und Ilteihig oder Sportform, aus prima Meiton, Cheviot- oder Kammgarnstoffen, mit weißem Ueberkragen und Ansteckstrauß
44.50 36.50 31.00 27.50 23.50 19.25 17.50

Kommunikanten-Anzüge
als „Bleyle" oder Original-Kieler Makko „Waterkant"
43.00 39.00 35.00 32.50 26.75

Konfirmations-Anzüge
aus besonders guten Qualitäten sowie prima Kammgarn mit weißem Ueberkragen
64.50 54.00 43.50 32.50 29.50 24.50

Denken Sie daran — daß nur wir den Alleinverkauf der weltberühmten Marken

„Bleyle" und „Waterkant"

für Lünen zu Original-Listenpreisen haben und keine andere Firma berechtigt, diese hier zu führen.

Beachten Sie bitte unsere Fenster.

Ernsting

Lünen
das gute Kaufhaus für Alle



Roman von Guido Kreuzer

11 (Nachdruck verboten.)

Mochte werden, was immer wollte — solange die blonde Christa Barell lebte, würde er nie den Weg zur Selbstvernichtung finden!

Das erkannte er zu dieser Stunde — und starrte in die Zukunft wie in die tückischen Augen eines reißenden Raubtieres, das ihm an die Kehle wollte . . .

Als seine kühlen Lippen Inez Rionns fiebernde Rechte berührten, schloß sie langsam die Lider.

Aufschauern überflog ihre nackten Schultern.

4.

Im letzten Moment noch wollte der Chauffeur des Staatswirtschaftskommissars Dr. Heinsius das Auto herumreißen. Doch es war bereits zu spät.

Der schnittige, asphaltgraue Rennzweisitzer, der vom Brandenburger Tor her mit eingeschalteten großen Scheinwerferreflektoren herangebraust kam, faßte die Mercedes-Limousine so scharf am linken Kotflügel, daß sie sich einmal um sich selbst drehte.

Der Chauffeur fluchte Mord und Brand. Allerlei nächtlich lungerndes Volk strömte sofort zusammen. Stimmengezeter. Auflauf.

Mit etwas zitternden Knien verließ der Unterstaatssekretär seinen Wagen, um sich nach einer Autotaxe umzusehen, mit der er weiterfuhr. Wenn sicher hatte sein Mercedes irgendeinen Defekt, und dann konnte das hier lange dauern.

Doch im selben Moment sprang auch der Führer des Rennautos zur Erde: kümmerte sich nicht um all das aufgeregte Gebahre ringsum. Sondern trat zu dem alten Herrn, lüftete seinen Hut und sagte formlos und sachlich:

„Exzellenz suchen vermutlich eine Droschke. Die wird jetzt schwer zu finden sein. Hingegen ist der zweite Platz in meinem Chrysler noch frei, da ich stets ohne Chauffeur fahre. Vielleicht darf ich Exzellenz diesen Platz anbieten und Sie zum Auswärtigen Amt fahren, wo Sie doch vermutlich hin wollten."

Ungeachtet seiner zweiundsiebzig Jahre besaß der Staatssekretär imponierend viel Kaltblütigkeit. Immerhin hatte dieser Zusammenstoß ihn doch erregt.

„Nun hören Sie mal," versetzte er unmutig und blinzelte zu dem sehnigen dünnen Kerl hinauf, der ihn um mehr denn Haupteslänge überragte und — komisch — im linken Auge ein giftgrünes Monokel trug. „hören Sie mal, mein Herr, bisher habe ich Sie noch nie im Leben gesehen. Woher wissen Sie eigentlich, wer ich bin, und daß ich so spät in der Nacht noch zum Auswärtigen Amt will?"

„Weil ich annehme, daß Exzellenz ohne Zeitversäumnis noch heute irgendwelche Dispositionen bezüglich der georgischen Akten treffen werden."

„Was sagen Sie da?"

Sein Gegenüber machte nach rechts hin eine knappe Kopfbewegung.

„Ich sage, daß dort hinten ein Sipo auftaucht. Wenn der sich erst mit uns befaßt, dann gibt's endlosen Aufenthalt. Deshalb wär's vielleicht wirklich besser, Exzellenz ließen sich von mir zum Auswärtigen Amt fahren und gewährten mir dort eine kurze Unterredung. Schließlich sind Deutschlands Interessen an den georgischen Oelvorkommen, sollte ich meinen, diese zehn Minuten wert. Länger nämlich dauert es bestimmt nicht. Ich möchte einzig und allein, soweit der Botschaftsrat von Traß in Betracht kommt —"

Der Unterstaatssekretär winkte schleunigst ab.

„Es genügt. Sprechen Sie um Himmels willen jetzt nicht weiter."

„Das wäre sowieso unterblieben. Der Name, den ich eben fallen ließ, sollte auch nur ein Stichwort sein."

„Also ich stehe Ihnen zur Verfügung. Warten Sie einen Moment."

Er wandte sich an seinen Chauffeur, der inzwischen abgestiegen war und wütend an dem verbeulten Kotflügel herumbog.

„Ist mit dem Wagen viel passiert? Nicht? So, dann fahren Sie ihn jetzt in die Garage und holen Sie mich morgen früh, wie gewöhnlich, um neun Uhr ab."

Nickte flüchtig verabschiedend und knatterte zur Enttäuschung aller sensationshungrigen Gaffer eine halbe Minute später mit dem andern Herrn in dessen Rennwagen davon — gerade im selben Moment, als der Sipo mit gezücktem Bleistift auf der Bildfläche erschien.

Die paar hundert Meter bis zu dem altersgrauen, vornehmen Barockbau des Auswärtigen Amts erledigte der Zweisitzer natürlich im Handumdrehen. Und so mochten noch keine fünf Minuten vergangen sein, bis die beiden Herren in dem anspruchslos nüchternen Dienstzimmer des Staatskommissars allein waren.

Der Unterstaatssekretär hatte sich seines Mantels und Hutes entledigt und nicht nur die Schreibtischlampe, sondern auch das Deckenlicht eingeschaltet. Denn vor allem mußte er sich doch mal überzeugen, welch ein sonderbarer Geselle ihm da in den Weg geschneit war.

Doch der wartete irgendwelche Fragen gar nicht ab, sondern zog seine Brieftasche, entnahm ihr einen Paß, klappte ihn auf, fügte noch eine gleichfalls mit seinem Photo und zahlreichen Stempeln versehene englische Ausweiskarte hinzu und reichte beides hinüber.

„Ich bin John Kerridge" — sagte er lakonisch, als genüge das vollkommen.

Der alte Herr nahm Ausweiskarte und Paß, blätterte in ihm herum, verglich die Photos mit dem angeblichen Original und fand, daß dieser Mann, der hier vor ihm stand, mit seinem ungewöhnlich gut gearbeiteten Anzug, seinem hintenüber gekämmten Haar, der sehnen- und muskeldurchsetzten Verschlossenheit seines kantigen Gesichts und dem verrückten grünen Monokel aufs Haar den Bildern und Beschreibungen der Ausweise glich.

Schließlich legte er sie auf den Schreibtisch.

„Sie sagen: Sie sind John Kerridge," versetzte er. „Wissen Sie: polizeiliche Angelegenheiten sind mir an sich wenig geläufig, und Kriminalromane lese ich schon gar nicht, was Sie mir ohne weiteres glauben werden. Soviel aber weiß ich doch: daß es einen sehr berühmten Detektiv gibt, der Ihren Namen trägt, gleichzeitig dem Londoner Polizeipräsidium Scotland Yard wie dem englischen Außenministerium, Foreign Office, attachiert ist und stets herangezogen wird, wenn es sich um die Aufklärung irgendwelcher politischen oder staatswirtschaftlichen Dinge handelt, die nicht ganz basenrein zu sein scheinen. Dieser berühmte und mysteriöse John Kerridge also sind Sie? Ungemein interessant!"

„Das heißt: ich behaupte es wenigstens zu sein. Ob aber meine Angaben stimmen —"

„Wie?" fragte der Unterstaatssekretär verblüfft.

Der Herr mit dem grünen Monokel gab phlegmatisch zu bedenken:

„Schließlich ist nichts auf der Welt leichter, als Dokumente und Stempel zu fälschen. That's it! Daher bin ich überzeugt: ehe Exzellenz mir überhaupt Gehör schenken, werden Sie sich pflichtgemäß erst davon überzeugen wollen, ob ich auch tatsächlich der bin, für den ich mich ausgebe. Ein telephonisches Dienstgespräch mit London beansprucht ja nur ein paar Minuten. So lange warte ich schon gern."

„Ja, natürlich," sagte der alte Herr rasch und ein wenig schuldbewußt, denn daran hatte er eigentlich gar nicht gedacht.

Nun aber — während er sich in seinem Schreibsessel niedergelassen und der Besucher einen Stuhl genommen hatte — holte er das schleunigst nach und ließ sich vom Nachtelephonisten dringend dienstlich mit Scotland Yard verbinden.

Schon zwölf Minuten später meldete sich das Londoner Präsidium. Und nach kurzem Hin und Her und nach einigen Umschaltungen zu der betreffenden zuständigen Stelle erhielt er Auskunft.

Jawohl — Mister John Kerridge war vor einigen Tagen nach Berlin gefahren. Diesmal allerdings nicht in politischem Auftrage, sondern in rein privaten Angelegenheiten. Er wohnte im Regent-Hotel. Er sah so und so aus. Die Stempelfarbe seiner Ausweiskarte war blau anstatt des sonst üblichen Schwarz und durfte nur für Diplomaten- und Kurierpässe Verwendung finden.

Sonst noch irgendwelche Auskünfte gewünscht? Keine mehr? Auch diensttelegraphische Bestätigung nicht erforderlich? Also dann — Schluß.

„Es stimmt!" . . . konstatierte der Unterstaatssekretär und reichte dem Engländer, der kaltblütig gewartet hatte, die Legitimationen zurück . . „Hier bitte. Nun können wir zur Sache kommen. Ich freue mich, Mister Kerridge, Sie persönlich kennengelernt zu haben. Allerdings — wenn alle berühmten Detektive so schlecht Auto fahren . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Emil Moll, Komm., Mollstr. 48 Tel. 443

Lünn, Langestraße 71 (Ecke Viktorstr.), Tel. 703

Günstige Zahlungsbedingungen.

D. K. W.-Motorräder

Zahnrad-Getriebe, Ballon- und Pflüger in jeder Qualität

Mit unverbindlicher Vorführung stehe gern zu Diensten.

Alle einschläg. Reparaturen werden in meiner Werkstatt unter Leitung eines langjähr. Motorradspezialisten fachgemäß ausgeführt

Westfalen und Rheinland.

Pelkum, 6. März. (Mysteriöser Leichenfund.) Montag morgen um 6,55 Uhr sah der Lokomotivführer Schneider vom Personenzug 1916 neben dem Gleise Hamm—Pelkum, etwa 100 m westlich der Blockstelle Herringen, eine männliche Person liegen, die am Kopfe verletzt war. Die sofort benachrichtigte Kriminalpolizei Pelkum stellte fest, daß es sich um den am 23. August 1907 geborenen Bergmann Stefan Kwasniewski, wohnhaft in Wiescherhöfen, Marienstraße 30a, handelte. Der Tote wies eine schwere Kopfwunde auf. Der gleichzeitig mit der Kriminalpolizei erschienene Bahnarzt Dr. Voß stellte einen Schädelgrundbruch fest; der Tod war nach seiner Ansicht schon vor einigen Stunden eingetreten. Die Leiche lag auf dem neben dem Schienenstrang herführenden Fußsteig, parallel zu den Gleisen auf dem Rücken; irgendwelche sonstige Verletzungen waren nicht festzustellen. Die beschlagnahmte Leiche wurde in das Leichenhaus der Gemeinde Wiescherhöfen gebracht, dort wird morgen die Obduktion im Beisein der Gerichtskommission stattfinden. Die Lage der Leiche, wie auch eine ganze Reihe anderer Umstände lassen den dringenden Verdacht aufkommen, daß Kwasniewski nicht vom Zuge überfahren ist, sondern daß der Tod durch einen Dritten gewaltsam herbeigeführt und die Leiche später auf den Bahnkörper gelegt wurde, um den Tod durch Anfahren durch den Zug vorzutäuschen.

Aufklärung des Mordes bei Soest.

Soest, 6. März. Am 25. v. Mts. verschwand, wie berichtet, gegen Abend plötzlich von einem Gutshof in Elfse bei Soest der 56 Jahre alte Knecht Wilhelm Heitkamp. Die sofort und auch in den nächsten Tagen angestellten Ermittelungen nach dem Verbleib des Vermißten blieben ohne Erfolg. Da gleichzeitig auch das Sparkassenbuch des Heitkamp verschwunden war, glaubte man annehmen zu müssen, daß Heitkamp einem Verbrechen zum Opfer gefallen war. Am 28. Februar gegen 13,30 Uhr wurde Heitkamp als Leiche in dem Teiche des Gutshofes aufgefunden. Der Körper war mit einer Kette und mit einer Pferdeleine zusammengebunden und mit Steinen beschwert. Bei einer näheren Besichtigung der Leiche wurde festgestellt, daß um den Hals sich noch eine starke Hanfschnur befand, mit der Heitkamp erwürgt worden war. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurden Beamte der Landeskriminalpolizeistelle Dortmund unter Führung des Krim.-Kommissars Böhlhoff zur Aufklärung dieses Mordes entsandt. Nach kurzer Zeit konnte bereits festgestellt werden, daß der auf dem Gutshof beschäftigte Knecht Karl Wagner der Tat dringend verdächtig war. Durch die weiteren Ermittelungen wurde er der Tat überführt.

Schwere Bluttat in Gelsenkirchen.

n. Eine schwere Bluttat ereignete sich in der Nacht zum Samstag auf der Straße von Leithe nach Gelsenkirchen unmittelbar an den beiden Gasometern der Zeche Rhein-Elbe. Der Bergmann Heinrich van Eck aus Wanne-Eickel, Kolonialstraße 21a wohnhaft, hatte nach einer Bierreise in der Nähe des Hauptbahnhofes auf der Schwanstraße die Bekanntschaft verschiedener junger Burschen gemacht. Diese verabredeten mit van Eck, eine Autofahrt zu machen. Die anfangs nach Essen geplante Spritztour wurde zwar nicht ausgeführt, dafür fuhr man aber nach Leithe, wo man in einem Kaffeehaus die neue Bekanntschaft feierte. Die drei jungen Burschen waren offenbar in dem Glauben, es bei dem van Eck mit einem nicht unvermögenden Mann zu tun zu haben. Hierin sahen sie sich aber bald getäuscht, denn als die erste Runde bezahlt werden sollte, stellte es sich heraus, daß nicht ein einziger in der Lage war, sie zu bezahlen. Ein zufällig anwesender Verwandter eines der Burschen mußte das Geld auslegen. Arg enttäuscht wurde die Heimfahrt angetreten. Am Gasometer der Zeche Rhein-Elbe ließ man den Wagen halten und van Eck wurde gewaltsam aus ihm herausbefördert, wobei der Wagen noch beschädigt wurde. Darauf zog man ihm den Mantel aus und mit diesem wurde der Chauffeur entlohnt. Nun kam die Abrechnung mit dem vermeintlichen Gastgeber. Man fiel gemeinsam über den nicht mehr ganz nüchternen van Eck her, schlug ihn zu Boden und bearbeitete ihn mit Schlüsseln und Fußtritten. Damit noch nicht genug, zog man ihn bis aufs Hemd aus und ließ ihn liegen.

In völlig hilflosem Zustande wurde van Eck nachts gegen 1,30 Uhr vor einem Kellner aufgefunden und mit einem Auto ins Knappschaftskrankenhaus transportiert, wo er in hoffnungslosem Zustande darniederliegt.

Die sofort alarmierte Mordkommission der Gelsenkirchener Kriminalpolizei gelang es noch Sonntag mittag, die Täter ausfindig und dingfest zu machen. Es handelt sich um die Arbeitslosen Robert und August K. und dem Bergmann Heinrich P., sämtlich aus Gelsenkirchen. Alle drei legten ein Geständnis ab.

Altena, 5. März. (Im Schlamm erstickt.) Nachdem das dreijährige Söhnchen eines Oberlandjägers einen ganzen Tag und eine Nacht von der Polizei mit Hunden und von einigen Schulklassen gesucht worden war, wurde es am Samstag im Schlamm eines Teiches erstickt aufgefunden. Das Kind war mit seiner Mutter bei Bekannten in Oesternau zu Besuch gewesen und hier plötzlich verschwunden.

Wattenscheid, 6. März. (Grubenbrand auf Zeche „Holland 3-4-6".) Vor mehreren Tagen wurde auf der 7. Sohle der Zeche „Holland 3-4-6" der Vereinigten Stahlwerke ein Grubenbrand festgestellt. Wie verlautet, ist altes Holz im Schwelen begriffen. Die Ursache ist unbekannt. Gefahr für die Belegschaft soll nicht bestehen. Der Brand, der für harmlos gehalten wird, konnte noch nicht gelöscht werden, weil man infolge der Qualmentwicklung an den Brandherd nicht herankam.

Wanne-Eickel, 6. März. (Festnahme zweier gefährlicher Räuber.) Die von den Staatsanwaltschaften in Köln und Bonn seit Dezember 1927 gesuchten „schweren Jungen" Oebel und Mannebach aus Köln konnten durch die hiesige Kriminalpolizei dingfest gemacht werden, Oebel auf offener Straße, Mannebach in dem Augenblick, als er eben aus Köln auf dem hiesigen Hauptbahnhof eintraf. Beiden werden u. a. schwere Einbrüche und ein Straßenraub in Frechen und Groß-Königsdorf bei Köln zur Last gelegt. In Königsdorf hatten sie am 20. Dezember ein Feuergefecht mit Polizeibeamten, bei dem etwa 30 Schuß gewechselt und ein Beamter verletzt wurde. Beide hatten ihr Arbeitsfeld in Köln und Umgegend, ihren Unterschlupf aber in Wanne-Eickel. Sie waren beide bewaffnet, hatten falsche Papiere und je zwei Ladestreifen mit fast 100 Schuß Munition bei sich.

Bochum, 6. März. (Ruhrkonferenz der Bergbauangestellten.) Am Sonntag fand hier in der Bürgerschaft eine zahlreich beschickte Ruhrkonferenz der Schachtdelegierten der Bergbauangestellten im G. d. A. statt. Der Geschäftsführer Pappert sprach über die Lage im Bergbau und die Betriebsratswahlen, Schoeneseifer über die Tarifverhandlungen. Der Vorsitzende gedachte der Toten von Ewald-Fortsetzung, Reichstagsabgeordneter Ziegler und Landtagsabgeordneter Heidtmann sprachen über Sozialpolitik und Knappschaftsangelegenheiten. In der regen Aussprache wurden mancherlei Klagen vorgebracht. Es kam zum Ausdruck, daß bei einem etwaigen Streik der Bergarbeiter die Angestellten keine Veranlassung hätten, den Unternehmern die Steigbügel zu halten. Es wurde eine lange Entschließung gefaßt. Darin wird gesagt, es sei unverständlich, wie der Zechenverband durch seinen Vertreter noch unter Hinweis auf die schlechte wirtschaftliche Lage des Bergbaues von der Angestelltenschaft ohne Bezahlung Ueberarbeit fordern könne. Auf einigen Zechen, insbesondere am linken Niederrhein, herrschten bezüglich der Arbeitszeit für die Angestellten Verhältnisse, die in kultureller Hinsicht nicht mehr länger zu ertragen seien. Die Versammlung erwarte vom Landtag bei der Beratung des Bergetats, daß inbezug der Behandlung und der Arbeitszeit der Berabauangestellten eine Besserung geschaffen werde. Sie erwarte ferner vom Reichsarbeitsministerium schärfere Richtlinien hinsichtlich der Mehr- oder Ueberarbeit. Unerhört sei auch das Vorgehen der Vereinigten Stahlwerke gegenüber den Angestellten, die bereits das 50. Lebensjahr überschritten haben, die einfach gekündigt würden, da sie gestellten Anforderungen nicht mehr gewachsen seien.

Neues aus aller Welt.

Neuregelung der Bezüge der nebenamtlichen Fortbildungsschul- und Berufsschullehrer.

Berlin, 6. März. Auf eine kleine Anfrage im preußischen Landtag über die Neuregelung der Bezüge der nebenamtlichen Fortbildungs- und Berufsschullehrer erwiderte, wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, der Minister für Handel und Gewerbe, daß eine Erhöhung der Vergütungen für den nebenamtlichen Unterricht an den Berufsschulen und den gewerblichen Fachschulen mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 an in Aussicht genommen ist. Die mit beteiligten Stellen eingeleiteten Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Mauereinsturz.

Berlin, 6. März. Auf dem Gelände der Firma Lindström A. G. der Schlesischen Straße in Berlin ereignete sich heute mittag ein schwerer Mauereinsturz. Auf dem Grundstücke werden z. Zt. umfangreiche bauliche Veränderungen vorgenommen. Heute mittag versuchte man, eine alte Mauer niederzureißen, die aber allen Bemühungen zunächst noch Stand hielt. Es wurde beschlossen, die Mauer durch eine Sprengung niederzulegen. Ganz unerwartet erfolgte die Detonation, und zwei Arbeiter wurden unter den einstürzenden Mauerteilen begraben. Die Verunglückten wurden befreit und in schwerverletztem Zustande in das Krankenhaus gebracht.

Ein Zusammenstoß.

Berlin, 6. März. Gegen 8,30 Uhr vormittags kam es in der Friedrichstraße zu einem Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 25 und einer Zugmaschine, die beladene Kohlenwagen beförderte. Dabei wurden fünf Personen verletzt. Gegen den Führer der Kohlenwagen ist ein Verfahren wegen Transportgefährdung eingeleitet worden, da ihm die Schuld an dem Zusammenstoß beigemessen wird.

Beflaggung der Rennbahnen.

Berlin, 6. März. Der preußische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat an die zuständigen Organisationen einen neuen Erlaß gerichtet, in dem er, wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, den Rennvereinen, denen Totalisatorerlaubnis für das Jahr 1928 in Aussicht gestellt und inzwischen erteilt worden ist, zur Pflicht macht, sofern sie anläßlich ihrer Rennveranstaltungen mit Totalisatorbetrieb Flaggenschmuck irgendwelcher Art anbringen, in erster Linie und an würdiger Stelle die preußische Landesflagge und die verfassungsmäßigen Reichsfarben schwarz-rot-gold zu zeigen. Sofern einzelne Rennvereine nicht zur Abgabe einer dahingehenden Verpflichtungserklärung bereit seien oder es späterhin unterlassen sollten, diese von ihnen übernommene Verpflichtung zu erfüllen, würde der Minister sich veranlaßt sehen, die diesen Rennvereinen erteilte Totalisatorerlaubnis wieder zurückzuziehen.

11 000 Eier zerschlagen.

Berlin, 6. März. In der vergangenen Nacht wurden in einer Geflügelfarm der Ergon-Aktiengesellschaft auf dem früheren Flugplatz in Karlshorst in einem der Wirtschaftsgebäude Kisten mit 11 000 gestempelten Eiern, die heute als Bruteier versandt werden sollten, von Einbrechern geöffnet und sämtliche Eier zerschlagen, daß sie nur noch eine breiige Masse bildeten. Die Eigentümerin der Farm, die Ergon-A. G. vermutet einen Racheakt.

Auffindung des vermißten französischen Postflugzeuges für Südamerika.

Paris, 6. März. Das Postverkehrsflugzeug der Linie Frankreich-Südamerika, das am 4. März in Casablanca mit der ersten nach Südamerika bestimmten Post aufgestiegen war, und an seinem Bestimmungsort St. Louis (Senegal) vergeblich erwartet wurde, ist 100 km nördlich von Rio de Oro aufgefunden worden. Es hat wegen Benzinmangels niedergehen müssen und ist nach Auffüllung seiner Vorräte nach Port Etienne weitergeflogen

Ein Wärter von einem Elefanten getötet.

Basel, 6. März. Im Baseler Zoologischen Garten wollte heute nachmittag ein früher bei Hagenbeck angestellter Elefantenwärter, der seit einigen Wochen den Dienst versah, dem Elefanten ein Stück Brot reichen. Der Elefant ließ die Hand des Wärters nicht los, faßte ihn mit dem Rüssel beim Kopfe und drückte ihm den Kopf gegen die Gitterstäbe, sodaß der Wärter sofort tot war. Das Tier wurde erschossen.

Bei einem Wirtshausstreit erschlagen.

Neustadt a. d. Aisch, 6. März. Kurz nach einer Rauferei in einer Gastwirtschaft in Schornweisach, die sich auf der Straße fortsetzte, — es hatte Freibier gegeben — wurde von einem Polizeidiener der 47 Jahre alte Gütler Leonhard Detzel mit zahlreichen Stich- und Hiebwunden tot im Straßengraben aufgefunden. Der Ermordete hinterläßt eine Witwe und neun unmündige Kinder. Als Täter wurde ein Gütler aus Schornweisach festgenommen.

Schwere Explosion auf Java.

Batavia, 6. März. Durch die Explosion einer Feuerwerkskörperfabrik in Koedoes, östlich von Semarang, wurden etwa 100 Häuser zerstört und sonstiger großer Schaden angerichtet. Aus den Trümmern wurden schon 20 Leichen herausgeholt. Außerdem sind 50 Personen verletzt worden. Polizei und Sanitäter leiten das Rettungswerk.

Lawinenunfall am Ortler.

Innsbruck, 6. März. Am Ortler ist eine aus einem Bergführer und vier Soldaten bestehende Kolonne, die sich auf dem Marsche zur ehemaligen Schaubachhütte befand, um diese zu verproviantieren, von einer Lawine in die Tiefe gerissen und verschüttet worden. Dem Bergführer gelang es, sich herauszuarbeiten und auch die vier Soldaten nach längeren Bemühungen zu retten.

Neue Skandalaffäre Leopolds v. Habsburg

Wegen flegelhaften Benehmens auf einem Ball an die Luft gesetzt.

Aus Newyork wird berichtet: Der frühere österreichische Erzherzog und jetzige Filmschauspieler Leopold von Habsburg, der schon vor einiger Zeit durch einen Streit mit dem ungarischen Gesandten Ladislaus Szechenyi, den er zu einem Bordell aufforderte, großes Aufsehen hervorgerufen hatte, hat erneut eine Skandalaffäre gehabt.

Er erschien dieser Tage im Hotel Astor auf dem Beaux-Arts-Ball, der von der Millionärin Mrs. Christian R. Holmes gegeben wurde und an dem eine exklusive Gesellschaft aus den Kreisen der oberen Zehntausend teilnahm.

Der Erzherzog, der in Begleitung seines Sekretärs des früheren Kapitäns Theodore Gruellmener, erschien, hatte keine Einladung. Trotzdem wurde er freundschaftlich aufgenommen und sogar zum Tisch der Hausfrau eingeladen, an dem außer einigen Gästen der Sohn und die Schwiegertochter der Mrs. Holmes saßen.

Der Erzherzog und sein Sekretär sollen sich aber nicht ganz einwandfrei benommen haben, sie gaben Witze zum Besten, die alles, nur nicht salonfähig waren, und der Sekretär erlaubte sich sogar Intimitäten mit der Frau des jungen Holmes. Schließlich wurde das Benehmen der zwei ungeladenen Gäste so unerträglich, daß sich der junge Holmes veranlaßt sah, dem Sekretär zwei Ohrfeigen zu versetzen. Hierauf stürzte sich der Erzherzog auf Holmes und gab ihm einen Schlag aufs Kinn. Die Gäste liefen zusammen, einige Herren stürzten sich auf den Erzherzog, der schließlich samt seinem Sekretär von der Dienerschaft vor die Tür gesetzt wurde.

Der Erzherzog erklärt im „Daily Mirror", die Affäre sei die Folge der Eifersucht des jungen Holmes gewesen, der sich aber unberechtigterweise an dem Sekretär vergriff, weil Frau Holmes nicht von diesem, sondern von einem englischen Kapitän belästigt worden sei.

Der Aufsichtsratsunfug

In diesem Jahre ist es der Berliner Bankier Jakob Goldschmidt, der über die meisten Aufsichtsratsmandate verfügt. Wie aus dem soeben erschienenen Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte hervorgeht, bekleidet Jakob Goldschmidt in nicht weniger als 94 Gesellschaften das Amt eines Aufsichtsrates. Er kann sich also, da dieses Amt sehr gut bezahlt wird, nicht beklagen und wird nicht in die Verlegenheit kommen, einmal arbeitslos zu werden.

Direktor Herrmann von der Deutschen Bank übt nur 67 Aufsichtsratsmandate aus. Ihm folgen der Bankier Weißenberg (Dresden) mit 65 und der Kölner Bankier Louis Hagen mit 62 Mandaten. Auch der Beherrscher der Kaliindustrie, Generaldirektor Korte, stellt zahlreichen Unternehmungen seine „Arbeitskraft" zur Verfügung. Das Handbuch zählt ihn 53mal als Aufsichtsrat auf. Der demokratische Reichstagsabgeordnete und Rechtsanwalt H. Fischer in Köln ist Aufsichtsrat in 49 Gesellschaften. Felix Deutsch von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (AEG.) begnügt sich mit 40 Mandaten.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß der Unfug des Aufsichtsratsmandats im letzten Jahre zugenommen hat. Hugo Stinnes, der doch in allen möglichen Wirtschaftszweigen steckte, übte nur 60 Mandate aus. Walter Rathenau war in 50 Gesellschaften Aufsichtsrat. Jakob Goldschmidt übertrifft sie in diesem Jahre mit 94 Mandaten ganz erheblich. Eine andere Frage ist, wie zum Beispiel Goldschmidt seine Pflichten in den zahlreichen Gesellschaften erfüllt. Ein genialer Kaufmann kann sich unter Umständen eingehend um ein Dutzend, schließlich auch um zwei Dutzend Gesellschaften kümmern. Daß aber ein einzelner Mensch das Aufsichtsratsamt in 94 zum Teil sehr großen Gesellschaften pflichtgemäß versehen kann, ist ausgeschlossen. Das Amt des Aufsichtsrats ist heute in Wirklichkeit eine große Komödie. Es erschöpft sich darin, daß die Inhaber der Mandate den von den Direktoren aufgestellten Abschluß gutheißen. Dafür beziehen sie jährlich eine Tantieme von 9000 bis 15 000 Mark.

Nach dem Gesetz soll der Aufsichtsrat kontrollierende Instanz, gewissermaßen ein Sicherheitsfaktor für die Geldgeber des Unternehmens sein. Der Sinn der Bestimmung geht aber naturgemäß verloren, wenn sich die einzelnen Industriellen derart mit Mandaten überlasten, daß sie für eine wirkliche Kontrolle des Unternehmens nicht in Frage kommen.

Neue Fesseln um Südtirol

(Eigener Nachrichtendienst.)

Kritik des Auslandes

+ Wien, 7. März. Aus Bozen wird gemeldet, das faszistische Regiment habe mit den von Mussolini angekündigten Verschärfungen bereits begonnen. So haben italienische Lehrer den Auftrag erhalten, die Religionslehrer zu überwachen, ob sie das Verbot, deutsche Religionsbücher zu verwenden, auch wirklich beachten. Die Schultaschen der deutschen Schulkinder werden nach deutschen Schulbüchern untersucht, und wenn solche gefunden werden, diese vor ihren Augen zerrissen und verbrannt. Der Pfarrer von Algund, Paul Pergmann, wurde verhaftet, weil er in Angelegenheiten des Religionsunterrichtes ein Rundschreiben versandt hat. Da er nachweisen konnte, daß er dies im Auftrag des Fürstbischofs von Trient getan hat, wurde er wieder freigelassen. Der Präfekt von Bozen hat die Aufführung eines deutschen Theaterstückes durch den Katholischen Burschenverein in Castel Ruth verboten, weil in diesem Ort die Doppelsprachigkeit bereits aufgehört hat und daher nur mehr italienische Stücke aufgeführt werden dürfen. Eine massenhaft besuchte Versammlung wurde in Innsbruck abgehalten. Nationalrat Abram sprach dabei Mussolini das Recht ab, deutschen Männern und Frauen oder dem österreichischen Nationalrat und anderen Körperschaften verbieten zu wollen, Kundgebungen für die Deutschen Südtirols zu veranstalten. „Wir haben die Pflicht", sagte der Redner, „für die Deutschen Südtirols einzutreten. Das ganze deutsche Volk des In- und Auslandes ist in dieser Sache mit uns vollkommen einig." Der Redner verlas sodann ein Telegramm des Präsidenten des deutschen Reichstags, Loebe, das folgenden Wortlaut hatte: „Unwandelbare Treue und Solidarität wahrt den unterdrückten Deutschen Südtirols das ganze deutsche Volk." Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Viel bemerkt wird in Südtirol und in Wien diese Mißbilligung der Rede Mussolinis durch die französische und belgische Linkspresse und weiter auch durch den Amsterdamer „Telegraaf".

Antwortet Seipel heute?

(Drahtung unseres Korrespondenten.)

S. Rom, 7. März. Der italienische Gesandte hat in der Konsulta gegen mehrere Stellen der Kammerrede Mussolinis Vorstellungen erhoben und sie berichtigt. Mussolini sieht aber die Berechtigung der österreichischen Einwendungen nicht ein und erklärte, daß sie die Zwangsmaßnahmen, die bereits in Bozen ergriffen wurden, nicht aufhalten würden. Die faszistischen Zeitungen loben Mussolini. „Italia" schreibt, daß das Ende einer künstlichen (?) Irredenta in der Provinz Bozen jetzt verkündet sei. Es gebe nur dann eine Freundschaft mit Deutschland, wenn das Welschgebiet eine noli me tangere bleibe (!?). „Popolo d'Italia" meldet aus Bozen, über 30 deutsche Zeitungen des Auslandes seien in den letzten Tagen von der Einfuhr in das Welschgebiet zurückgewiesen worden. In Meran und Bozen trafen starke Abteilungen faszistischer Miliz ein. Wie von Wiener Stelle gemeldet wird, erfolge von österreichischer Seite keine Erwiderung auf Mussolinis Südtirolrede. Es sei das das Ergebnis von Besprechungen der Führer der bürgerlichen Parteien beim Bundeskanzler. Andererseits hieß es später, Dr. Seipel würde heute, Mittwoch, antworten.

)(In Polen sind wieder einige hundert Mitglieder der weißrussischen Hromoda verhaftet worden.

)(Polen ist bereit, am 30. März in Königsberg Verhandlungen mit Litauen aufzunehmen.

Verliert der Völkerbund an Bedeutung?

(Eigener Expreßnachrichtendienst).

S. London, 7. März. Die „Morningpost" schreibt zur Ratstagung: „In Großbritannien herrscht der Eindruck vor, daß der Völkerbund in seinen großen Zielen verflacht. Er weicht klaren Entschließungen beharrlich aus. Diesmal steht der Ungarnfall als Krisenstoff im Mittelpunkt der Verhandlungen. Großbritannien kann aber nicht einem Zwang gegen Ungarn ohne weiteres zustimmen, wenn man bisher diesem Zwang gegenüber Polen hartnäckig aus dem Wege gegangen ist."

Vulkanausbruch auf der Santorininsel

—— Athen, 7. März. (Eigenbericht.) Auf der Insel Santorin im Aegäischen Meer befindet sich ein Vulkan in starker Aktivität. Der Krater speit Flammen und wirft unter starkem Getöse große Mengen Steine in die Luft. Unter der 43 000 Köpfe starken Bevölkerung der Insel sind nach den bisherigen Meldungen Opfer nicht zu verzeichnen.

Levine nach Havanna gestartet

⇔ New York, 7. März. (Eigenbericht.) Wie erst jetzt bekannt wird, ist Charles Levine, der im vorigen Jahre bekanntlich mit Chamberlin nach Deutschland flog, am Montag um 23 Uhr New Yorker Zeit mit dem Piloten Wilmer Stulz und Miß Mabel Boll auf der „Columbia" zu einem Nonstop-Flug New York—Havanna gestartet. Im Anschluß an diesen Flug beabsichtigt Levine, einen Südamerika-Flug zu unternehmen.

Italienfeindliche Kundgebungen in Lyon

S. Lyon, 7. März. Hier kam es zu italienfeindlichen Kundgebungen von rechtsradikaler Seite, die die Polizei völlig überraschten. Erst nach einer Stunde konnte der Platz gesäubert werden; 15 Personen wurden verhaftet.

Fischerboote verunglückt: 10 Tote?

)) Riga, 5. März. Südlich von Libau wurden aus dem Nebel, der das Meer bedeckte, Hilferufe vernommen. Schleppdampfer verließen sofort den Hafen und fanden nach einiger Zeit 6 Motor-Fischerboote, die zwischen Eisschollen eingeklemmt waren. 4 Boote werden noch vermißt. Man fürchtet, daß 10 Fischer umgekommen sind.

In ein paar Zeilen

)(Entgegen anderslautenden Meldungen ist das Reichsentschädigungsamt nicht geschlossen worden.

)(Die bisherige ägyptische Koalition soll bestehen bleiben.

Explosionskatastrophe auf Java

(Telegrammeldung.)

Bis jetzt 20 Tote

⇔ Batavia, 7. März. Durch die Explosion einer Feuerwerkskörperfabrik in Koeboes, östlich von Semarang, wurden etwa 100 Häuser zerstört und sonstiger großer Schaden angerichtet. Aus den Trümmern wurden schon 20 Leichen herausgeholt. Außerdem sind 50 Personen verletzt worden. Polizei und Sanitäter leiten das Rettungswerk.

Japan gegen Europas Sonderallianzen

⇔ Washington, 7. März. (Eigenbericht.) Senator Borah hat eine Erklärung abgegeben, in der er betont, daß ein Gegenseitigkeitsvertrag zur Ausschaltung des Krieges keineswegs im Konflikt mit dem Völkerbundsstatut stehen würde. Die Hauptschwierigkeiten für den Abschluß eines solchen Abkommens sieht Borah nicht im Völkerbundsstatut, sondern in den 10 oder 12 Sonderallianzen, die in Europa seit Beendigung des Krieges in Verbindung mit Militärbündnissen abgeschlossen worden seien.

Letzte Drahtnachrichten

Thyssen vorläufiger Nachfolger Manrisch'

* Berlin, 7. März. Wie wir hören, wird Fritz Thyssen vorläufig den Vorsitz in der Internationalen Rohstahlgemeinschaft übernehmen.

Auto vom D-Zug überfahren: 2 Tote

—hz— Mainz, 7. März. Wie wir hören, überfuhr zwischen Nierstein und Oppenheim am Rhein an einem Eisenbahnübergang infolge nicht rechtzeitigen Schließens der Schranke ein D-Zug ein Hannomag-Auto. Die beiden Insassen, beide aus Oppenheim, wurden getötet.

5 bestreikte Großbetriebe stillgelegt

= Berlin, 7. März. Mit dem gestrigen Schichtschluß sind auch die bisher im Siemens-Konzern und bei der Bergmann A.-G. noch arbeitenden Abteilungen stillgelegt worden, da das Fehlen der Arbeit der Werkzeugmacher eine längere Aufrechterhaltung der Abteilungen unmöglich machte. Aus dem gleichen Grunde haben auch die Deutschen Telephonwerke und die C. Lorenz A.-G. nach Beendigung der gestrigen Schicht ihre Arbeiter entlassen. Die Arbeit ruht jetzt in allen 5 Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller, die von dem Streik der Werkzeugmacher betroffen waren. Die weitere Entwicklung des Konfliktes wird von den am Mittwoch beginnenden Verhandlungen abhängen. Im Hinblick auf die heutigen Schlichtungsverhandlungen hat die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller beschlossen, die Entscheidung über die Frage einer etwaigen Gesamtaussperrung der Arbeiterschaft in der Berliner Metallindustrie zunächst noch zu vertagen.

Zugzusammenstoß: 1 Toter

—hz— Hannover, 7. März. Gestern nachmittag fuhr der Güterzug 7602 im Bahnhof Jeddingen auf der Strecke Uelzen—Langwedel auf den Personenzug 467 auf. Durch den Zusammenstoß wurde eine Person getötet und mehrere verletzt.

Unveränderter Arbeitsmarkt

* Berlin, 7. März. Nach der letzten Ausgabe des Reichsarbeitsmarktanzeigers dauert die Stillstandsperiode auf dem Arbeitsmarkt an. In der Gesamtheit ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger jedoch weiter zurückgegangen.

Gründe für die Ehescheidung

* Berlin, 7. März. Im Reichstagsrechtsausschuß wurden die ersten beiden Abschnitte der Ehescheidungsreformvorlage angenommen. Danach kann ein Ehegatte auf Scheidung klagen, wenn eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, daß eine Fortsetzung der Lebensgemeinschaft nicht mehr erwartet werden kann und wenn die Lebensgemeinschaft seit mindestens einem Jahr vor Erhebung der Klage nicht mehr besteht. Das Recht auf Scheidung soll ausgeschlossen sein, wenn der Ehegatte selbst einen Scheidungsgrund gegeben hat oder die Zerrüttung der Ehe vorwiegend durch sein schuldhaftes Verhalten herbeigeführt worden ist. Die Weiterberatung über die Ehescheidungsreform soll erst am Mittwoch nächster Woche erfolgen. Sie erfolgt nicht im Rahmen des Notprogramms.

Grubenunfall: 1 Toter, 2 Verletzte

—hz— Gleiwitz, 7. März. Auf einer Gleiwitzer Grube löste sich vorzeitig ein Schuß, wodurch drei Bergleute verschüttet wurden. Einer von ihnen wurde getötet, die beiden anderen, zwei Brüder kamen mit erheblichen Verletzungen davon.

Die Rede des Marschalls Pilsudski

S. Warschau, 7. März. Im Klub des Wahlkomitees hielt Pilsudski eine Rede, in der er u. a. sagte: „Polen ist jetzt auf dem Wege, europäische Großmacht zu werden. Das Land hat sich für meine Politik entschieden. Ich werde fortfahren, durch Macht und Recht ein Großpolen zu schaffen."

Italienischer Kompromißantrag

S. Genf, 7. März. Wir hören, daß die italienische Delegation die Verweisung des Ungarnkonfliktes an einen Ausschuß beantragen will. Dadurch hofft man eine Vertagung auf geschäftsmäßigem Wege herbeizuführen und Konflikte für die jetzige Ratstagung auszuschalten. Tatsächlich glaubt man auch bereits eine Entspannung feststellen zu können. Das bestätigt auch eine französische Presseauslassung, nach der Frankreich zwar auf seinem Rechtsstandpunkt gegen Ungarn beharre, aber sich hinsichtlich der Art der Maßnahmen dem Ratsbeschluß fügen will. Gestern abend haben eine Reihe weiterer Einzelbesprechungen stattgefunden; so u. a. eine zwischen Chamberlain und den Polen, nachdem nachmittags die Besprechung der 5 Großmächte vorhergegangen war. An dieser Unterredung nahmen Chamberlain, Briand, Stresemann, Sclaloja und Abatschi teil. Zur Verhandlung sollte in erster Linie der amerikanische Paktvorschlag sowie auch die Investigationsfrage gelangen. Die Besprechung dauerte etwa 2 Stunden. An der Besprechung nahmen auch der Staatssekretär von Schubert, der Generalsekretär am Quai d'Orsay, Berthelot, und der neue englische Unterstaatssekretär Sir Lindsay teil. Ueber das Ergebnis der Beratungen ist kein Kommuniqué veröffentlicht worden; dagegen wird folgendes mitgeteilt: Die 5 Großmächte sind übereingekommen, gegen Ungarn kein offizielles Investigationsverfahren einzuleiten. Dagegen soll in der heutigen geheimen Ratssitzung ein besonderes Ratskomitee unter dem Vorsitz des holländischen Außenministers Blokland eingesetzt werden, das aus unparteiischen Ratsmitgliedern besteht und das den dem Völkerbundsrat noch in einer der nächsten Sitzungen einen Vorschlag für die Untersuchung und Behandlung der Investigationsaffäre gegen Ungarn vorlegen soll. Der litauische Ministerpräsident wird für Ende der Woche erwartet; inzwischen drängt Chamberlain darauf, daß die Ratstagung bis Wochenende abgeschlossen wird. Man dementiert, daß der britische Außenminister eine Unterredung mit dem am 14. März eintreffenden Litwinow haben wird. Der Sicherheitsausschuß hat gestern den Entwurf für eine allgemeine internationale Konvention zur Regelung der juristischen und nichtjuristischen Streitigkeiten in der von dem Redaktionskomitee ausgearbeiteten Fassung ohne Debatte angenommen.

10 Opfer eines Wohnungsbrandes

⇔ Quebec, 7. März. In San Marie de Beauce entstand nachts in einem Wohnhaus, vermutlich durch einen überheizten Ofen, ein Brand, durch den eine Frau mit ihren 8 Kindern sowie der Großvater der Familie ums Leben kamen.

Ueberfälle in Mexiko

⇔ Vera Cruz, 7. März. Unweit Jalapa überfielen gestern gut bewaffnete Banditen einen Eisenbahnzug. 3 Passagiere wurden getötet und 10 verwundet. Nach Plünderung des Gepäckwagens entflohen die Räuber. Bundestruppen sind zur Verfolgung entsandt worden. Andere Banditen verübten einen Ueberfall auf einen Autobus, in dem sich 30 Personen befanden, indem sie auf der Landstraße plötzlich Pistolen- und Gewehrschüsse abgaben. Eine Frau und 4 Männer wurden getötet und 10 Personen verwundet.

Levine in Havanna gelandet

⇔ Havanna, 7. März. Die „Columbia" ist gestern mittag 1 Uhr 32 Minuten hier eingetroffen.

Schreckenstat im Honangebiet

= Peking, 7. März. Im Honangebiet, wo in Auflösung befindliche Militärformationen und kommunistische Bauern geplündert hatten, sollen Metzeleien verübt und 300 Lamas lebendig verbrannt worden sein.

)(In New York droht ein Streik der Untergrundbahner.

Handel und Wirtschaft

Getreide- und Warenbörse zu Essen

Inländischer Weizen 25—25,25, Inländischer Roggen 25—25,25, Pommerscher Weiß-Hafer 30—32, Ausländischer Weizen 30—32, Ausländischer Roggen 29—30, Ausländischer Hafer 26—27,25, Ausländische Gerste 25,25—26,25, Plata-Mais 23,75—24, Plata-Cinquantino-Mais 24—24,50, Weizenbäckermehl 35,50—36,50, 70prozentiges Roggenmehl 3725—38, Weizenkleie 14,50 bis 16, Weizenvollmehl 16,50—17, Roggenkleie 14,75 bis 15,25, Trockenschnitzel 15—15,50, Steffenszuckerschnitzel 20—20,50. Tendenz auf dem Getreide-, Mehl- und Futtermittelmarkt: Fest, Roggen steigend.

6 Prozent Dividende bei der Müller-Brauerei

„" Der Aufsichtsrat der Brauerei Gebr. Müller, Akt.-Ges. in Langendreer beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 6 Prozent (im Vorjahre 5 Prozent) vorzuschlagen. Die neuen Aktien sollen ab 1. Juli 1927 dividendenberechtigt sein.

Befestigtes Kursniveau

„" Berlin, 7. März. (Eigenber.) Die unbefriedigende Lage am Geldmarkt wirkte sich auch gestern stärend auf das Wertpapiergeschäft aus. Die vorgestern fällige Zahlung auf die Reparationsindustrieobligationen führte im Laufe der Nachmittagsstunden noch zu starker Nachfrage nach kurzfristigen Geldern, so daß man mit einer Massenöffnung der Dienstagbörse rechnete. Da auf der anderen Seite aber ein beträchtliches Decouvert bestand und größere Rückkäufe vorgenommen wurden, vor allem angeblich seitens einer holländischen Gruppe, die seit Monaten Baissengagements in Harpener Aktien unterhielt, und außerdem die Festigkeit der rheinischen Braunkohlenaktien und der Polyphon-Aktien anregte, konnte sich das Kursniveau gut behaupten und teilweise sogar befestigen. Das Geschäft war allerdings, abgesehen von einigen Spezialpapieren, sehr klein.

Berliner Börse

Berlin, den 6. März 1928.

Keine Gewähr für Hörfehler.

Staatsanleihe	heut.	vorig.
Ablös.-Sch. I	52.00	52.00
Ablös.-Sch. II	55.75	55.75
Goldanleihe	94.25	00.000
Neub. R.-Anl.	14.60	14.60
% D. Reichsanl	87.50	87.50
% D. Reichsanl	00.000	00.00
% D. Reichsanl	00.000	00.000
D. Sparp. Anl	00.000	00.000
Pr. Konsols	00.000	00.000
% Pr. Konsols	00.000	00.000
Westf. Kohle	10.75	10.75
Schiff.-Aktien		
Hapag	150.87	150.12
Hamburg-Süd	208.50	210.25
Nordd. Lloyd	153.62	154.00
Bank-Aktien		
Barm. Bankv.	144.50	145.75
Berl. Handelsg	262.25	263.50
Com. u. Privb	173.25	173.26
Darmst. u. Nat	227.50	228.00
Deutsche Bank	163.50	163.25
Diskontoges.	157.00	157.25
Dresdn. Bank	158.62	159.00
Reichsbank	196.87	198.00
Brauereien		
Dortm. Aktien	214.00	213.00
Dortm. Union	258.50	256.00
Müser, Langdr	00.000	00.000
Schlegelbräu	211.25	214.25
Wicküler Küp.	241.25	240.00

Industr.-Akt.		
Akkumulator.	151.00	152.00
Adlerwerke	82.00	82.00
Alexanderw.	68.75	68.75
Allg. Elekt.-G.	155.50	156.12
Anneper Gußst.	00.000	00.000
Augsb.-Nürnb.	000.00	104.62
Baicke Masch.	125.00	125.25
Banning Masch	27.50	27.00
Barop. Walzw.	97.500	97.00
Basalt A.-G.	85.00	85.00
Bemberg I. P.	453.50	450.00
Berg. Evekinz	000.00	000.00
Bergmann El.	175.00	174.00
Berl. Karlsr. I.	83.62	81.12
Bingwerke	00.00	00.00
Boch. Gußstahl	000.00	000.00
Böep. Walzw.	67.00	67.00
Braunk. u. Brik.	167.50	168.00
Buderus Eisen	96.250	94.50
Busch Lüdenz.	97.00	96.75
Charl. Wasser	118.25	118.37
Chem. Goisenk.	76.00	77.00
Cont. Coutsch.	111.00	111.00
Daimler M.-G.	92.50	93.25
Dessauer Gas	172.62	169.50
D.-Luxemburg	00.000	00.000
Dtsch. Erdöl	127.00	127.50
Dtsch. Kabel	86.37	86.25
Dtsch. Kali	00.000	00.000
Dtsch. Masch.	60.37	67.87
Dtsch. Schacht	98.000	98.000
Dürkoppwerke	70.00	68.00
Dynamit Nobel	125.00	125.00
Eschw. Bergw.	201.00	205.00
Essener Steink.	135.00	135.50
Felten & Guill.	117.62	118.50

Friedrichshall	153.00	154.00
Gaggenauer	34.12	34.25
Gebhard & Co.	000.00	000.00
Geisenk. Bergw	132.25	132.00
Geisenk. Gußst	000.00	000.00
Ges. f. el. Unt.	257.00	256.25
J. G. Farbind.	236.00	236.00
Gilmes	141.75	141.75
Gebr. Göbhardt	108.75	109.25
Goldschmidt	145.50	140.00
Grltzner	86.62	88.00
Hacketh. Draht	152.10	149.00
Hammersen	00.00	00.00
Hanes Lloyd	24.62	24.25
Harkort Berg.	000.00	000.00
Hark. Brückb.	168.50	168.00
Harpen. Bergb.	00.00	00.00
Heckmann	117.87	117.75
Hirsch Kupfer	142.00	142.00
Hösch Eisen	73.50	75.00
Hoffm. Stärke	93.000	93.000
Hohenlohe	00.00	000.00
Humb. Masch.	68.50	68.25
Huteshen. Pors	240.00	237.00
Ilse Bergbau	106.00	105.00
Kabis Porz.	19.00	19.25
Kaiser Masch.	176.25	174.50
Karstadt	118.50	119.25
Klöcknerwerke	103.25	103.25
Koch Adler	142.00	142.50
Köln-Neuess. B.	00.000	00.000
Köln-Rottw. P.	56.00	55.27
Kölsch. Walzen	85.00	85.50
Körting Gebr.	120.50	120.50
Kronprinz Met.	195.00	196.00
Küppersbusch	75.50	75.25
Laurahütte	000.00	00.000
Linke-Hofm.-W	248.00	249.50
Ludwig Loewe	97.750	97.000
Lüdensch. Met.	49.50	00.00
Magirus	147.25	148.5.
Mannesm.-Röhr.		

Mansfeld Akt.	115.87	115.25
Masch. Baum	000.00	000.00
Mot.-Deutz	62.25	63.75
Mülh. Bergw.	121.00	120.50
Oberbedarf	103.00	103.75
Oecking Stahl	30.00	30.00
Orenst. & Kopp	134.25	135.00
Osnabr. Kupfer	00.00	00.00
Phönix Bergb.	101.75	101.62
Phönix Braunk	94.000	94.00
Reisholz Papier	230.00	230.12
Rhein. Braunk	251.50	203.50
Rhein. Stahlw	161.50	162.00
Rh.-W. Kalkw	125.25	123.75
Rh.-W. Sprengst	97.00	99.500
Rh.-W. Zement	00.000	000.00
Rhenania chem	55.00	54.50
Riedel	45.00	47.12
Romb. Hütte	000.00	00.000
Rütgerswerke	98.500	98.37
Sarotti	179.25	177.00
Schuckert El.	172.12	172.50
Siegen-Soling.	44.00	44.00
Siemens Glas	144.00	145.00
Siem. & Halske	216.00	287.75
Stettiner Vulk.	00.00	00.00
Stinnes Riebeck	145.25	146.00
Stöhr Kammg.	200.50	200.75
Stolberger Zink	180.00	206.00
Leonhard Tietz	203.00	203.00
Ver. D. Nickel	161.00	162.00
V. Glanzst.-Elb	613.00	608.00
Ver. Stahlw.	102.50	103.75
V. Zyp. u. Wlze	199.00	199.00
Wasserw. Gels	138.75	139.00
Westf. Draht H	87.00	87.00
W. Els. u. Dra	00.000	00.000
Westf. Kupfer	83.00	83.00
Wick.-P.-Zem.	150.00	152.00
Witt. Gußstahl	60.00	60.00
Zellstoff-Verein	156.50	155.00
Zellstoff-Wald.	255.00	255.50

Amtliche Berliner Devisenkurse

Berlin, den 6. März 1928

Für drahtliche Auszahlungen		in Reichsmark Geld	Brief	Stückelung
Holland	100 Gulden	168.15	168.49	00.000
Belgien	100 Fr. (Belga)	58.240	58.360	00.000
Norwegen	100 Kronen	111.29	111.51	00.000
Dänemark	100 Kronen	111.93	112.20	00.000
Schweden	100 Kronen	112.14	112.36	00.000
Italien	100 Lire	22.060	22.100	00.000
England	1 Pfd. Sterl.	20.387	20.427	00.000
Amerika	1 Dollar	4.179.0	4.187.0	00.000
Frankreich	100 Frank	16.440	16.480	00.000
Schweiz	100 Frank	80.440	80.600	00.000
Dtsch.-Oesterr.	100 000 Kronen	58.840	58.960	00.000
Tsch. Slow.	100 Kronen	12.382	12.402	000.00

Berliner Produktenbörse.

Berlin, den 6. März 192

1000 kg ab Stat.			
Weizen märk.	239—242	Futtererbsen	25.00—27.00
Roggen märk.	243—246	Peluschken	20.00—20.50
Sommergerste	000—000	Ackerbohnen	20.50—21.50
Wintergerste	000—000	Wicken	21.00—23.00
Futtergerste	221—230	Lupinen blaue	14.00—14.75
Hafer märk.	215—226	Lupinen gelbe	15.25—16.00
Mais ab Berlin	227—229	Seradella, alte	00.00—00.00
100 kg. ab Stat.		Seradella, neue	21.00—23.50
Weizenmehl	30.75—35.00	Rapskuchen	13.50—13.50
Weizenkleie	15.75—15.75	Leinkuchen	23.00—23.20
Roggenmehl	32.75—35.00	Trockenschnitz.	12.80—13.00
Roggenkleie	15.75—15.75	Zuckerschnitzel	00.00—00.00
Raps	000—000	Torfmelasse	00.00—00.00
Leinsaat	00.00—00.00	Kartoffelflock.	24.00—24.20
Viktoriaerbsen	46.00—55.00	Kartoffeln weiß	00.00—00.00
		Kartoffeln gelb	00.00—00.00
		Kartoffeln rote	00.00—00.00